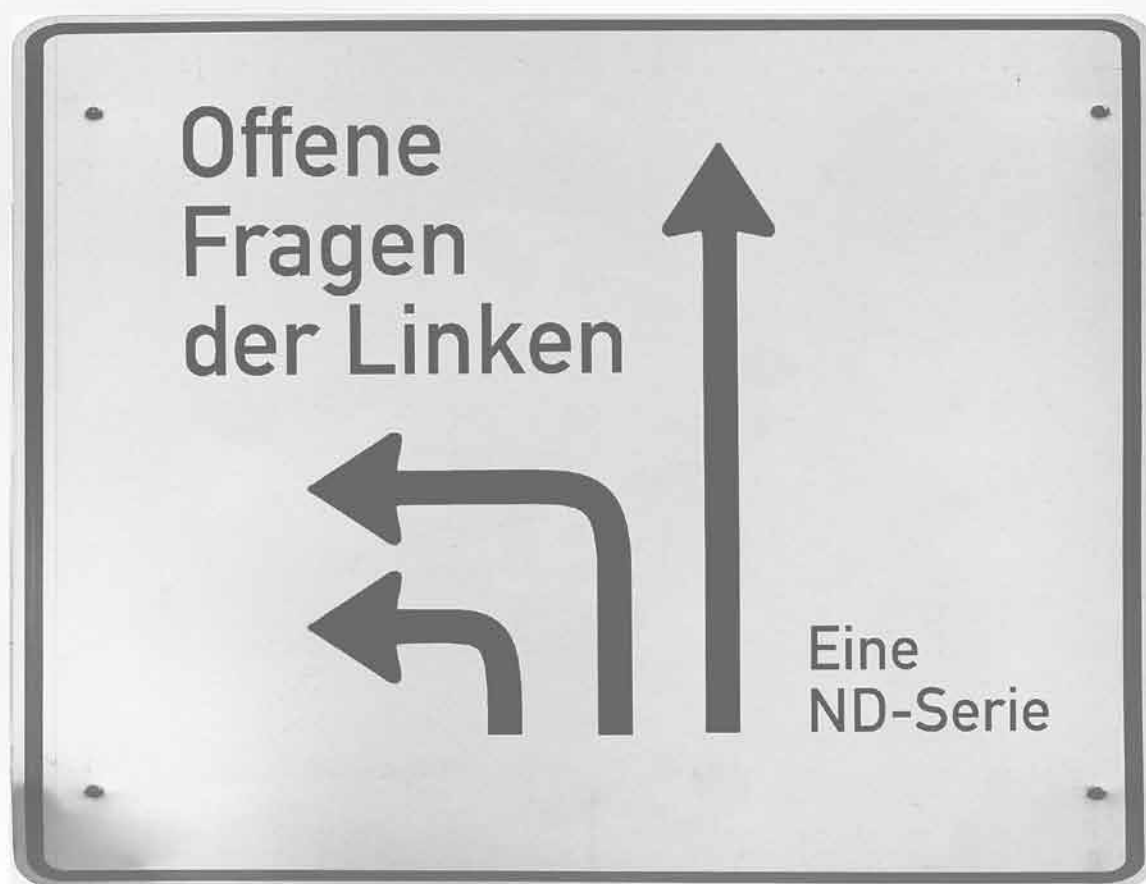


# ZUR PROGRAMMDISKUSSION DER PARTEI DIE LINKE



---

## INHALT

<b>OFFENE FRAGEN DER LINKEN</b> Michael Brie	3
<b>SCHWIERIGKEITEN MIT DEM PROGRAMM</b> Erhard Crome	5
<b>SYSTEMHOPPING ODER REFORMISMUS</b> Mario Candeias	8
<b>DIE LINKE UND DAS EIGENTUM</b> Dieter Klein	10
<b>LINKE KLASSENPOLITIK?</b> Christiane Kaindl	13
<b>LINKE REGIERUNGEN?</b> Cornelia Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker	15
<b>KRIEG DARF KEIN MITTEL DER POLITIK SEIN</b> Herbert Wulf und Johannes Becker	18
<b>DISKUSSION STATT DOGMEN</b> Heinz Vietze	20
<b>EINE MERKWÜRDIGE IGNORANZ</b> Herbert Schwenk	22

---

## VORWORT

Die Partei DIE LINKE hat mit der Debatte um ihr Grundsatzprogramm begonnen, das sie im Herbst 2011 beschließen will. Einen ersten Höhepunkt soll die Diskussion im November dieses Jahres mit einem Programmkonvent erreichen. Neues Deutschland begleitet diese Debatte – in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung – mit einer Artikelserie «Offene Fragen der Linken». Der Serientitel weist die Linke dabei bewusst nicht in der versalen Schreibweise der Partei aus: Die Fragen, die sich stellen, sind nicht nur die einer Partei, sondern der gesellschaftlichen Linken insgesamt.

Die vorliegende Broschüre präsentiert die bisher erschienenen neun Texte, im wesentlichen die Auftaktbeiträge von Mitarbeitern und Autoren der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in denen einige der «Offenen Fragen» umrissen werden. Diesen folgt nun, mit weiteren eingeladenen Autorinnen und Autoren und freien Wortmeldungen, eine kontroverse Debatte quer durch die Themen – ein erster Beitrag findet sich auch bereits in dieser Publikation. Die Serie soll bis zum genannten Programmkonvent der LINKEN fortgesetzt werden, jeweils in der Montagausgabe des Neuen Deutschland.

Jürgen Reents,  
Chefredakteur Neues Deutschland

---

## IMPRESSUM

Herausgeber: Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH,  
Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.  
Beide: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
V.i.S.d.P.: Jürgen Reents  
Layout, Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin  
Auflage: 1.000 Exemplare

---

## OFFENE FRAGEN DER LINKEN

Von Michael Brie

«Lasset die Geister aufeinander platzen, aber Eure Fäuste haltet still.» Martin Luther

Die programmatische Diskussion ist Teil der Auseinandersetzung in der Linken insgesamt und in der Partei DIE LINKE im Besonderen um ihre strategischen Aufgaben. Die Hauptkonflikte konzentrieren sich auf die wesentlichen Ziele und die Wege für einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik.

### ERSTENS: DIE KAPITALISMUSFRAGE

Nichts ist in der Linken selbstverständlicher als das Bewusstsein, im Kapitalismus zu leben und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Und doch scheiden sich auch hier die Geister. Zunächst bei der ganz einfachen Frage der ungeheuren Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit dieser Ordnung, die Marx im «Manifest» so plastisch beschrieb. Ist sie bloß der Ausbeutung der Arbeiter, der Natur, der unterdrückten Völker zu verdanken oder basiert sie auch auf der Fähigkeit und dem Zwang, ständig auf neue Weise Produktionsmittel und Arbeitskraft zu neuen Produkten, Technologien, Produktions- und Lebensweisen zusammenzuführen?

Ist Kapitalismus nur Unterdrückung, so ist seine bloße Beseitigung sicherlich eine hinreichende Bedingung von Befreiung. Ist er aber mehr, dann müsste dieses «Mehr» in einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaft bewahrt werden, um nicht wieder mit wachsender Ineffizienz und wirtschaftlicher wie sozialer Stagnation konfrontiert zu sein wie im späten Staatssozialismus. Ständige Erneuerung aller Lebensbedingungen ergibt sich – so die historische Erfahrung – keineswegs von selbst, sondern muss auch institutionell gesichert werden. Aber wie? Ist die unternehmerische Selbstständigkeit dafür eine Voraussetzung oder führt sie zwangsläufig immer wieder zu kapitalistischer Vorherrschaft des Profits um jeden Preis und kann davon auch nicht abgetrennt werden?

Der unterschiedliche Blick auf die gegenwärtige Gesellschaft geht aber weiter: Sind die sozialen, rechtsstaatlichen und demokratischen Errungenschaften nur eine zeitweilige Abkehr von kapitalistischer «Normalität» oder ist die Normalität kapitalistisch geprägter Gesellschaften gerade durch die immer wieder umkämpften Verhältnisse zwischen Profitdominanz und Sozialstaatlichkeit, zwischen Vorherrschaft einer kapitalistischen Oligarchie und demokratischen Kräften, zwischen kapitalistischer Enteignung und sozialer und demokratischer Teilhabe geprägt? Gibt es nur die eine Logik der Kapitalverwertung oder aber sind die heutigen Gesellschaften «Bindestrichgesellschaften» (Thomas H.

Marshall), die kapitalistische, bürgerlich-demokratische und sozialstaatliche Tendenzen unter der Vorherrschaft des Profits vereinigen?

Gibt es nur die eine Logik, so müsste die sozialistische Strategie ausschließlich auf den revolutionären Bruch zielen. Die Verteidigung bestimmter unübersehbarer Errungenschaften früherer Kämpfe wäre wichtig, hätte aber vor allem die Bedeutung, die Kampfbedingungen für den Bruch zu verbessern. Gäbe es jedoch mehrere Tendenzen, so wäre sozialistische Transformation erstens Ausbau vorhandener Tendenzen und Elemente (der Demokratie und Sozialstaatlichkeit), zweitens die Zurückdrängung der Kapitaldominanz und drittens die Schaffung neuer Ansätze und Bereiche.

### ZWEITENS: DIE EIGENTUMSFRAGE

Ein Hauptkonflikt in den programmatischen Diskussionen der Linken entzündet sich daran, ob die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsordnung mit der Überführung aller wesentlichen Unternehmen in den Schlüsselsektoren bzw. aller strukturbestimmenden Unternehmen einhergehen muss oder nicht. Es gibt Einigkeit, dass die großen Anbieter in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Netze von Energie und Information sowie im Finanzsystem in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Einigkeit besteht auch bei der Frage einer gestärkten Mitbestimmung der Belegschaften, wenn es um wirtschaftliche Grundentscheidungen geht, die die Zukunft der Arbeitsplätze des Unternehmens betrifft (Belegschaftsentscheid bei drohenden Massenentlassungen und Betriebsschließungen in gewinnbringenden Unternehmen). Konsens sind auch die demokratische Rahmensetzung und die Steuerung von langfristigen Strukturentwicklungen sowie die Einbeziehung von Wirtschafts- und Sozialräten, in denen auch Umweltverbände vertreten sein sollen, um beratend tätig zu sein und gegen sozial und ökologisch schädliche Vorhaben auch mit einem Veto vorgehen zu können.

Ein Teil der Linken will das öffentliche Eigentum aber möglichst weit ausdehnen und möglichst alle relevanten Unternehmen der Produktionsmittel- und Konsumgüterproduktion sowie wesentlicher Dienstleistungen überhaupt vergesellschaften und sieht dies als das eigentliche Kriterium des Sozialismus an. Teilweise wird auch die Position vertreten, dass letztlich die Belegschaften zu den eigentlichen Eigentümern der Betriebe werden sollten. Der Bruch mit dem Kapitalismus wird vor allem durch die Dominanz eines anderen Eigen-

tumstyps (Vorherrschaft des öffentlichen bzw. des Belegschaftseigentums) markiert.

Ein anderer Teil der Linken strebt eine solidarisch verfasste Mischwirtschaft an. Dazu gehören die (Rück-)Überführung der oben genannten Sektoren öffentlicher Daseinsvorsorge, Netze und der Kernbereiche der Finanzen in die öffentliche Hand bzw. ihre Stärkung als öffentliche Einrichtungen, die einer anderen Logik als der der Betriebswirtschaft folgen. Diese Linke will aber auch einen unternehmerischen Sektor gestalten, in dem dezentrale und im Wettbewerb stehende Wirtschaftseinheiten in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung agieren. Monopole und Vermachtung der Märkte sollen vor allem durch Entflechtung und strikte Kartellgesetzgebung sowie Stärkung der Verbraucher verhindert werden. Die Steuerung in diesem Bereich soll sich vornehmlich indirekter Formen (Steuern, Subventionen, Projektförderung, Staatsaufträge) bedienen. Der Unterschied zum Kapitalismus (Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft) wird – auf der Grundlage einer pluralen Wirtschafts- und Eigentumsordnung – vor allem in der Durchsetzung der Dominanz anderer Ziele (der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit) gesehen.

Die Eigentumsfrage ist ganz offensichtlich wichtig; daran entscheidet sich nicht zuletzt, was unter Sozialismus verstanden wird. Denn wo liegt das Wesen einer sozialistischen Eigentumsordnung: In der Überführung aller wesentlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum oder in der demokratischen Kontrolle einer Mehrsektorenwirtschaft mit einem starken öffentlichen Bereich? Und was heißt öffentliches Eigentum konkret: Sind Inhabere und Verfügung vorrangig staatlich oder gesellschaftlich (Genossenschaften, Belegschaften usw.) organisiert?

#### **DRITTENS: DIE KLASSENFRAGE**

Zweifelsohne ist die Mittelstandsgesellschaft, soweit es sie je gegeben hat, im Orkus der neoliberalen Konterreformen verschwunden. Die Herrschenden geben sich nicht einmal den Anschein, als würden sie nach den Normen einer guten Mitte entscheiden und leben; zugleich hat sich der soziale Abgrund geöffnet. Aber auch die Arbeiterklasse, früher mehrheitlich geeint in Gewerkschaften, politisch vertreten in einer Klassenpartei, gibt es so nicht mehr, auch wenn der Anteil der Lohnabhängigen an der erwerbstätigen Bevölkerung in den hoch entwickelten Ländern bei rund 85 Prozent liegt. Außerdem sinkt in vielen Staaten der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Die innere Differenzierung erzeugt Interessenwidersprüche. Die Linke steht deshalb vor der Aufgabe, Interessen von konkreten, differenzierten gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten und sie zugleich dadurch zusammenzuführen. Die Belegschaft von Opel, um nur das prominenteste Beispiel

von 2009 zu nennen, verdient Solidarität. Aber es waren die Leiharbeiter, die zuerst und ungehört ihre Arbeit verloren. Und wieso sollten Arbeitsplätze verteidigt werden, die ganz offensichtlich ökologisch zerstörerisch sind? Zudem verdienen die Beschäftigten in den Exportsektoren deutlich mehr als die mit gleichwertiger Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Was also ist die Linke: Interessenorganisation (ohne borniert Sonderinteressen gegeneinander auszuspielen) oder Vertreterin von Gesamtinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung, nachwachsender Generationen oder des globalen Südens (ohne abstrakt auf Menschheitsinteressen zu verweisen)? Eines ist klar: Die Vorherrschaft (Hegemonie) einer Linken entsteht aus der Artikulation der verschiedenen Interessen und ihrer Bündelung.

#### **VIERTENS: DIE FRAGE DES PARLAMENTARISMUS UND DER REGIERUNGSBETEILIGUNG**

Neben der sektiererischen Schwäche scheint auch die realpolitische Stärke die Linken immer wieder zu spalten. So wurden die einflussreichen Gewerkschaften dann von links kritisiert, wenn sie vor allem um Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen kämpften, die gesamtgesellschaftliche Veränderung aber in den Hintergrund treten ließen. Und es ging immer wieder um die Frage der Regierungsbeteiligung linker Parteien. Reformistische und revolutionäre Positionen schieden sich an beiden Problemen: Wie ist eine andere Politik am besten zu erreichen: Durch den Kampf um jeden Fortschritt überall dort, wo er gerade möglich ist, oder durch die Sammlung aus der Opposition heraus, weder in Verhandlung mit den Arbeitgebern noch als Teil einer Regierung, die man nicht dominiert? Ist parlamentarische Arbeit auch Vorbereitung linker Regierungen oder nur eine Bühne der politischen Auseinandersetzung?

Und wenn es schon um die Teilnahme an Regierungen geht, welche Stoppschilder sollten davor aufgebaut werden: Kein Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst unter keinen Bedingungen oder vor allem Sicherung der öffentlichen Dienstleistungen auf hohem Niveau? Keine Privatisierung keiner einzigen Immobilie oder Erhalt eines handlungsfähigen kommunalen Sektors? Und was soll getan werden, wenn bundespolitische Gesetzgebungen und Steuerbeschlüsse Haushaltskürzungen unvermeidlich machen? Zu welchen Konditionen ist die Beteiligung an Landesregierungen dann noch möglich? Auf Bundesebene stellt sich die Frage, ob der unmittelbare Austritt aus der NATO oder jedenfalls die Suspendierung der deutschen Integration in die Militärstrukturen der NATO Vorbedingung werden soll. Und wie ginge eine Regierung, an der sich linke politische Kräfte beteiligen, mit dem Lissabon-Vertrag um?

Kann überhaupt verhindert werden, dass eine Regierungsbeteiligung den kapitalismuskritischen oder antikapitalistischen Charakter der Linken beschädigt?

Jenseits dieser Differenzen geht es aber vor allem darum, wo und wie am stärksten dazu beigetragen werden kann, die Voraussetzungen für einen Richtungswechsel der Politik zu schaffen – außerparlamentarisch und/oder parlamentarisch, durch Gewerkschaften oder soziale Bewegungen bzw. linke Parteien, in Opposition oder Regierung? Wie kann eine parlamentarisch erfolgreiche Partei, ggf. sogar in einer Regierung, es erreichen, dass sie sich nicht auf diese Funktion reduziert, sondern zugleich außerparlamentarisch und zivilgesellschaftlich stark bleibt oder wird? Wie einflussreich werden jene in der Partei bleiben, die keine parlamentarischen oder Regierungsämter haben, sondern für Handeln «von unten» stehen?

Es gibt auch Differenzen, wo gegenwärtig mehr erreicht werden kann – auf der nationalen oder auf der europäischen bzw. globalen Ebene? Welche Bedeutung haben die jeweiligen Handlungsfelder? Und wenn die Alternativen so nicht stehen: Wie kann erreicht werden, dass die verschiedenen Kämpfe sich wechselseitig verstärken und nicht immer wieder schwächen?

#### **FÜNFTENS: DIE MILITÄR- UND SICHERHEITSFRAGE**

Die Ablehnung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr einschließlich von militärischen Einsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta (Einsatz von Luft-, See- oder Landstreitkräften «zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit») ist weitgehend Konsens in der Linken. Auch die Orientierung auf kollektive Sicherheit, Abrüstung und gemeinsame Entwicklung vereint. Differenzen entstehen vor allem im Verhältnis zur NATO und der Frage, wie ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem unter

Einschluss Russlands geschaffen werden kann. Liegt das Primat vor allem im Kampf gegen die existierenden militärischen Strukturen oder sollte es nicht eher auf das Wirken für neue Sicherheitssysteme gerichtet sein, die überholte und kontra-produktive Institutionen wie die NATO überflüssig machen? Aber auch die Frage, wie den Menschenrechten universell Geltung verschafft werden soll, ist offen: Wo ist die Grenze zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten? Wann sind Sanktionen berechtigt und sinnvoll? Inwieweit soll Kritik an linken Regierungen geäußert werden? Und natürlich bleibt das Problem, ob es nicht im Ausnahmefall militärische Interventionen geben kann, die auch durch die Linke gefordert werden können. Das Eingreifen Vietnams in Kambodscha wird dafür oft als Beispiel genannt.

#### **SECHSTENS: DIE FRAGE POLITISCHER KULTUR**

Die Kunst der Politik besteht selten in einem einfachen Entweder-Oder. Und linke Politik zudem, die aus der Schwäche der abhängigen sozialen Gruppen heraus Gesellschaft verändern will, ist dazu verdammt, die Gegensätze so zusammenzuführen, dass ein gemeinsames Segeln gegen den Wind möglich wird. Walter Benjamin hat dafür die Fähigkeit zur Dialektik, zum gekonnten Segel-Setzen, eingefordert. Dies ist eine Aufgabe politischer Kultur und politischen Könnens. Da geht es dann nicht darum, den Segelgefährten schweigend oder lauthals schreiend über Bord zu werfen, sondern sich hartnäckig zu bemühen, in Anerkennung der unterschiedlichen Stärken und Schwächen kollektiv zu wirken, streitend über Ziele und Wege, kooperativ auf der Basis gefundener nächster Aufgaben – bis zum nächsten produktiven Streit.

Michael Brie ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

---

## **SCHWIERIGKEITEN MIT DEM PROGRAMM**

Von Erhard Crome

Wann ist eine linke Partei reif für eine Programmdebatte? Ganz am Anfang, wenn nach der Neugründung das Licht des neuen Tages durch die Fenster strömt und Aufbruchstimmung das Herz erwärmt? Oder wenn alles erreicht ist? Sofern weder das eine noch das andere zutrifft, stoßen sich Programmfragen und Realitäten des politischen Alltagsgeschäfts oft im Raum. Zugleich sind Programmfragen immer auch Politik- und Machtfragen – in der Partei

und in der Gesellschaft. Damit sind sie aber nicht in erster Linie Theoriefragen.

#### **EIN HISTORISCHER BLICK**

1875 waren die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP, Eisenacher) und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV, Lassalleaner) übereingekommen, beide Parteien zu vereinigen. Gemeinsame Arbeiterversammlungen forderten die Vereinigung.

Eine Vorkonferenz von je neun Vertretern beider Seiten traf sich im Februar in Gotha, um die Entwürfe für Programm und Statut zu erarbeiten, die am 7. März 1875 veröffentlicht wurden. August Bebel, der im Gefängnis saß, sah sich übergangen und erklärte sich nicht einverstanden. Marx und Engels, die ebenfalls nicht einbezogen waren, wurden um Stellungnahme gebeten. Ergebnis waren ein Brief von Engels an Bebel vom März und Marxens berühmte «Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei» vom Mai 1875. Darin warfen beide den Programmschreibern vor, wichtige Positionen, die die SDAP bereits gehabt hatte, aufgegeben zu haben zugunsten der Einheit, räumten aber ein: «Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme» (Marx), bzw. «Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut» (Engels).

Anders, als man aus heutiger Sicht erwarten sollte, wurden die Kritiken nicht lauthals in die politische Arena gebracht – das hätte den realen Vereinigungsprozess zur neuen gemeinsamen Arbeiterpartei stören können. Statt dessen kursierten sie nur in engstem Kreise; Marx' Kritik wurde wunschgemäß an diesen zurückgesandt. Erst nachdem mit dem Fall des Sozialisten-Gesetzes eine neue politische Situation entstand und auf dem Hallenser Parteitag der Sozialdemokratie 1890 beschlossen worden war, ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten, publizierte Engels Anfang 1891 Marx' Randglossen als Beitrag zur nun folgenden Programmdebatte. Engels' Brief veröffentlichte Bebel in seinem autobiographischen Buch «Aus meinem Leben» 1911.

Die Hauptakteure damals wussten, dass sie sich im Raum der Politik in einer Welt des Meinens befinden, in der auch die Anhängerschaft und die Wähler mehrheitlich nicht auf Grund wissenschaftlicher Wahrheiten, sondern wegen ihrer Einstellung die sozialistische Partei unterstützen. Insofern waren Kritiken, es sei mit den Lassalleanern falsch verhandelt worden, solche an die Adresse der Parteiführung, nicht an die der Mitglieder; und Kritik am Programmwurf hätte politisch gegen die Einheit gewirkt. Es war folgerichtig, die Kritiken in der Schublade verschwinden zu lassen, bis die realen politischen Auseinandersetzungen ihrer wieder bedurften.

#### **LINKE EIGENHEITEN**

Vor etlichen Jahren referierte Wolfgang Schäuble aus der Sicht des damaligen Verhandlungsführers der Bundesrepublik gegenüber der DDR über die deutsche Einheit. Auf den Hinweis, die Schubladen seien doch leer gewesen, entgegnete er: «Aber wir wussten doch, was wir wollten». Und so wurde die Einheit gemacht: Entindustrialisierung

statt «blühender Landschaften», dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und anhaltende Abwanderung aus dem Osten. Nutznießer waren die Kapitaleigner aus dem Westen. Bei der Aufteilung des Produktivvermögens der DDR gingen 85 Prozent an westdeutsche Bewerber und neun Prozent an Interessenten aus dem Ausland; nur sechs Prozent an solche aus dem Osten. Dies ist die Eigenart jeder rechten bzw. bürgerlichen Politik. Liberal-parlamentarische Verhältnisse vorausgesetzt, ist bei bürgerlichen Parteien der geistige Gehalt von Parteiprogrammen von deklaratorischem Rang; niemand erwartet von der CDU eine Politik der «Solidarität» und «Gerechtigkeit», obgleich das in ihrem Programm steht. Bei einer linken Partei dagegen ist das Parteiprogramm auf eine grundsätzlichere Weise Frage der politischen Orientierung, die mit weltanschaulichen Positionen und Identitätsbestimmungen zu tun hat. Das politisch zu vertretende Interesse selbst muss über einen theoretischen und politischen Reflexionsprozess identifiziert, definiert und begründet werden. Das führt zu einer oft unnötigen Zuspitzung. Manche Diskutanten sehen in dem anderen nicht den Genossen an der Seite, der diese oder jene Frage anders bewertet, sondern den «Abweichler» oder «Verräter», dessen falsche Position die Partei bedrohe. Jene, die lautstark von neuen theoretischen Herangehensweisen reden, meinen oft milde Absolution für angepasstes Alltagshandeln; selbsternannte Parteitheoretiker verweisen auf jenen Alltag, und meinen recht eigentlich, dass nur ihre ureigene Idee, wenn sie die Partei ergreift, auch die Weltgeschichte retten werde.

Wenn das zusammenkommt, führen Programmdebatten zu Gezänk, Wortklaubereien, Türenknallen, gegenseitigen Unterstellungen, Parteiaustritten und Plattformbildungen «in großer Sorge». Das hat sich die PDS zweimal geleistet und sollte jetzt nicht wiederholt werden. Aufrichtiges Herangehen an theoretisch-politische Fragen und gegenseitiges Grundvertrauen sind unverzichtbar. Die jetzige Programmdiskussion der LINKEN kann gelingen, indem sie an die politischen Erfolge der vergangenen Jahre anknüpft und die Erfahrungen des politischen Neuansatzes in theoretisch fundierte und politisch relevante Positionierungen überträgt.

#### **THEORIE UND GESCHICHTE**

Zuweilen taucht der Vorwurf auf, politischer Pluralismus der LINKEN sei möglich, theoretischer nicht. Hier kommt die alte, bereits auf Marx zurückgehende Position zum Ausdruck, es gäbe so etwas wie die eine Wahrheit, aus der dann eine richtige, «wissenschaftlich begründete» Politik abgeleitet werden könne. So fand eine Metamorphose statt: Aus den gesellschaftskritischen, streitbaren Ideen von Karl Marx machten Friedrich Engels und die Führer der alten Sozialdemokratie den «Marxismus» der Arbei-

terbewegung. War dieser innerparteilich und gesellschaftspolitisch noch demokratisch angelegt, so formte Lenin daraus den Bolschewismus, der mit dem Prinzip des «demokratischen Zentralismus» die Partei zu einer quasi-militärischen Kampforganisation machte. Stalin nannte dies dann «Leninismus» und trennte die kommunistische Ideologie in der mit seinem Namen verbundenen Variante komplett von ihren demokratischen Wurzeln.

Jeder Schritt dieser Metamorphosen ist bewusst vollzogen worden. Es gab natürlich jeweils andere Möglichkeiten des Theorie- und Politikverständnisses. Die gesamte Geschichte des Parteimarxismus ist auch eine Geschichte von Parteigerichten, der Verfolgung Andersdenkender und von Abspaltungen. Deren Erbe, wie das von Rosa Luxemburg, Paul Levi, Trotzki und Gramsci, wurde bewusst in die Tradition gestellt, auf die die PDS sich bezog.

Außerdem waren feministische oder postkoloniale Gesellschaftskritik nicht mit herkömmlicher marxistischer Klassen- oder Kapitalanalyse in eins zu setzen; «bürgerliche Fachwissenschaften» und sozialdemokratische Traditionen waren in den Blick zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund bedeutete das Ende der Partei als sozialistische Staatspartei nicht nur den Bruch mit dem Stalinismus als Herrschafts- und Denksystem und mit dem Leninschen (oder Trotzki-schen) Verständnis der Avantgarde-Partei, sondern auch den Bruch mit dem bereits auf Marx zurückgehenden Politikverständnis als angewandte Wissenschaft. Der Pluralismus der PDS nach 1989 war die Konsequenz. Und der konnte von Anfang an nicht nur ein politischer, sondern musste auch theoretischer und weltanschaulicher Pluralismus sein. Die Vereinigung mit der WASG hat den pluralen Charakter der neuen Partei nicht verengt, sondern erweitert.

#### **PARTEIPOLITISCHES**

Die Politikwissenschaft hat das Entstehen politischer Parteien entlang von historischen Konflikt- bzw. Bruchlinien erklärt. In Europa waren Industrialisierung, Nationwerdung, Säkularisation und die Ausdehnung des Wahlrechtes auf immer größere Teile der erwachsenen Bevölkerung bestimmend. Die traditionellen Parteien, von den konservativen über liberale, christlich-demokratische und Parteien nationaler, kultureller oder religiöser Minderheiten sowie Bauernparteien bis hin zu den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien lassen sich anhand dieser interessenkonstituierenden Konfliktlinien sozialhistorisch erklären. Zusätzlich wurde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein «Wertewandel» von eher traditionellen bzw. «materialistischen» Werten hin zu «postmaterialistischen» ausgemacht. Dies meint kulturelle, soziale, schließlich intellektuelle Bedürfnisse und deren Befriedi-

gung, die allerdings stets befriedigte physiologische und physische Bedürfnisse voraussetzt. Von daher wurde dann das Aufkommen der Grünen Parteien in Europa erklärt.

Innerhalb des «sozialistischen Lagers» (so der Politikwissenschaftler Karl Rohe) hatte sich im Gefolge des ersten Weltkrieges zusätzlich eine Bruchlinie Reformismus versus Revolutionarismus ausgebildet, die die Ausdifferenzierung von sozialdemokratischen Parteien einerseits und kommunistischen andererseits zur Folge hatte. Diese war mit dem Ende des Realsozialismus 1989 historisch erledigt. Die Sozialdemokratie unter Schröder hatte jedoch die regierende SPD mittig positioniert und ihre Ende der 1990er Jahre noch vorhandene soziale und politische Basis in erheblichem Maße verstoßen. Durch Agenda 2010 und «Hartz-Gesetze» wurde versäumt, die politische Koalition mit den früheren Wählersegmenten zu erneuern. Es kam eine neue politische Bruchlinie hinzu, Neoliberalismus versus Soziale Verantwortung, entlang derer sich DIE LINKE ausformte. Damit haben wir es mit einer neuen Spaltung innerhalb des «sozialistischen Lagers» zu tun. Klassenlagen und materielle Interessen setzen sich nicht eins zu eins in Parteipräferenzen und Wählerverhalten um. Sie bedürfen der Interpretation, die als Sinn- und Deutungsangebote zu Tage treten. Dabei dienen Parteiprogramme eher der Integration der Parteimitglieder, so die Politikwissenschaft, als der Mobilisierung der Wähler, die besonders auf den symbolischen Gehalt der Politik reagieren – was die Partei tut und noch stärker, was sie nie tun wird. Insofern sind unterschiedliche Politikansätze innerhalb der Partei in der Bildungspolitik oder Sozialpolitik möglich, hinsichtlich des Verkaufs der Wohnungen einer ganzen Stadt oder von Kriegseinsätzen der Bundeswehr aber nicht. Hier schließt sich der Kreis zwischen Programm und Tagespolitik: das Parteiprogramm muss der praktischen Politik Orientierung geben, ohne dass es über oder neben der Politik steht.

Das macht auch den Unterschied aus zwischen dem, was die Programmdebatte der Partei zu leisten hat, und dem, was das «Institut Solidarische Moderne» und andere Cross-Over-Projekte zwischen LINKER, SPD und Grünen wollen. Letztere wollen ausloten, welche inhaltlich-politischen Vorhaben möglich sein können in einer bundespolitischen Konstellation diesseits von Schwarz-Gelb. Die Programmdebatte dagegen zielt darauf, nicht nur konkrete Politikansätze, sondern das gesellschaftspolitische Gesamtziel und die Identität der LINKEN längerfristig zu bestimmen. Diese vorausseilend auf den geistig-politischen Zustand der derzeitigen SPD trimmen zu wollen, von der niemand weiß, in welchem Zustand sie 2013 oder 2017 ist, würde die historische und programmatische Selbstaufgabe der LINKEN bedeuten. Diese ist aber nicht entstanden, weil sie

sich selbst braucht, sondern weil dieses Land eine solche Partei braucht. Je stärker die eigene Identität und Programmatik ausgeprägt ist, um so selbstbewusster lässt sich auch über mögliche alternative Regierungsprojekte reden. Auf Knien lässt sich

der Neoliberalismus zwar bejammern, bekämpfen dagegen nicht.

Erhard Crome ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

---

## SYSTEMHOPPING ODER REFORMISMUS

AUF DER SUCHE NACH EINEM PROJEKT, DAS DEN KAPITALISMUS TRANSFORMIERT

Von Mario Candeias

An der Frage, ob Kapitalismus zu reformieren oder grundlegend zu bekämpfen ist, teilen und spalten sich linke Bewegungen, Gruppen und Parteien. Dabei ist die Alternative falsch gestellt: Einen Sprung in das «ganz andere» kann es nicht geben. Strategien der Transformation beginnen immer in der Reform. Ob sie allerdings den Weg in eine andere Gesellschaft ebnen und wie sich kurzfristige und langfristige Perspektiven zueinander verhalten, muss immer wieder neu bestimmt werden.

Für viele ist der Kapitalismus ein System der Ausbeutung, des Krieges, der Verelendung von Mensch und Natur. Dieses System sei nicht reformierbar, nicht wirklich. Zu oft sind Reformen genutzt worden, um Ausbeutungsstrategien zu differenzieren, subtiler zu arrangieren, Gewaltverhältnisse auf Kosten anderer Teile der Welt (bevölkerung) nur zu verschieben. Anderen fällt es schwer, überhaupt noch eine Alternative dazu zu denken. Zu oft haben sich die linken Gegenmodelle als untauglich erwiesen, zu sehr beeindruckt die innovative kapitalistische Dynamik, Alternativen niederzuwalzen und sich immer wieder selbst zu erneuern.

Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Und mit der gegenwärtigen Krise stehen wir am Beginn einer Transformation im Kapitalismus, einer Revolutionierung der Produktions- und Lebensweise im Sinne der Herrschenden. Im Anschluss an Antonio Gramsci stellen solche «passiven Revolutionen» nicht nur die brüchig gewordene Herrschaft wieder her. Indem alle Verhältnisse revolutioniert werden, treiben sie die Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft aktiv voran. Passiv (gehalten) sind die Subalternen, die untergeordneten Gruppen und Klassen, während ihre Interessen, Ideen, Intellektuellen und politischen Führer – herrschaftsförmig – integriert werden. So bleiben die untergeordneten Gruppen fern der Macht, politisch geschwächt.

### GRÜNER KAPITALISMUS ODER GREEN NEW DEAL?

In der Krisenbearbeitung drängen reformorientierte Kräfte in Richtung «post-neoliberaler» Projekte:

angefangen bei einem neuen Staatsinterventionismus, über einen Public New Deal bis hin zu den umfassenden Initiativen für einen Green New Deal. Die Projekte sind stark umkämpft. Die Neoliberalen sind noch stark genug, um weitergehende Reformen und Transformationen zu blockieren. Die Projekte selbst sind widersprüchlich, beinhalten jeweils linke wie rechte Optionen.

Staatsinterventionismus kann heißen, dass die Bedingungen der Kapitalakkumulation (auch gegen einzelne Fraktionen des Kapitals) autoritär gewährleistet werden und repressiv (auch mit beschränkten zusätzlichen sozialen Maßnahmen) die gesellschaftliche Ordnung gesichert wird – oder er kann als linkes Staatsprojekt realisiert werden, in dem die Macht von Markt und Kapital eingeschränkt, der Staat selbst demokratisiert wird und durch erweiterte Teilhaberechte «in die Gesellschaft zurückgeholt» wird.

Ein New Public Deal kann bedeuten, in einem solchen Staatsprojekt das Öffentliche zu stärken und nicht-warenförmige, allgemein zugängliche Reproduktionsbedingungen bereit zu stellen (und öffentliche Beschäftigung zu fördern). Von rechts kann ein solcher Deal bedeuten, die öffentliche Dienstleistungen zwar auszuweiten, aber über so genannte Public Private Partnerships weiter zur Ware zu machen. Der Zugang zu diesen Dienstleistungen wäre nicht demokratisch und auf Verminderung von sozialen Unterschieden gerichtet, sondern würde über höhere Gebühren reguliert, die notwendig ausschließend wirken. Der Einfluss der Bevölkerung wäre auf ihre Konsumentenfunktion beschränkt und Beschäftigung würde weiter flexibilisiert.

Mit einem Green New Deal könnte die Produktions- und Lebensweise wirklich transformiert werden, er könnte auf Reproduktion statt auf Wachstum orientieren, die Logik der Kapitalakkumulation in Frage stellen. Oder aber ein solcher Deal wirkt als neuer Schub für die Kapitalakkumulation, als erneute «passive Revolution» von oben mit Konsensangeboten an die untergeordneten Gruppen. Die ungleichen Folgen eines grünen Kapitalismus und ökologischer Krise würden darin

letztlich autoritär bearbeitet und die Handlungs- und Politikfähigkeit der Menschen beschnitten. Nichts ist entschieden.

Wie jede Reform, sind auch die hart erkämpften Errungenschaften wie Begrenzungen der Arbeitszeit, steigende Löhne, soziale Sicherungssysteme, ökologische Modernisierung, emanzipative Reformen und Demokratisierungsschritte fragile Kompromisse mit widersprüchlicher Form. Sie kamen im Zuge sozialer Kämpfe zustande, weil sie in die kapitalistische Dynamik integriert werden konnten. Diese progressiven Elemente sind bedroht, wenn die Akkumulation stockt oder Kräfteverhältnisse sich verschieben. Weitergehende Maßnahmen scheitern, sofern sie die Profitrate drücken, das Kapital zuviel kosten, seine Macht bedrohen. Der Kampf um Reformen ist unverzichtbar, aber beschränkt auf ein vordefiniertes Terrain, im Rahmen der Vereinbarkeit mit kapitalistischer Verwertungslogik.

### **GRENZEN DES REFORMISMUS**

Die Perspektive der Einschränkung der damit verbundenen sozial und ökologisch zerstörerischen Dynamiken ist alternativlos – stößt jedoch an Grenzen: Der bürgerliche Staat ist mit dem Staatstheoretiker Nicos Poulantzas als die Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu begreifen und daher reformierbar. Er muss aber zwei Funktionen erfüllen: die allgemeine, den sozialen Zusammenhalt in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft zu sichern, und die besondere, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Kapitalakkumulation (die zugleich seine steuerliche Existenzgrundlage darstellt) zu gewährleisten. Diese Funktionen herrschen den Reformen innerhalb des Kapitalismus Grenzen auf.

Sobald eine der Funktionen nicht mehr erfüllt ist, verliert der Staat seine Legitimation und Funktionsfähigkeit. Ähnlich verhält es sich mit den Grenzen der Regulierung des Marktes. Der Markt ist zwar immer ein politisch konstituierter, jedoch kann er nicht nach Belieben reguliert, in seiner Wirkung soweit eingeschränkt werden, dass seine negativen Effekte ausbleiben, ohne dass er zugleich seine Funktionsfähigkeit einbüßen würde (hier haben die Neoliberalen ab einem bestimmten Grad recht).

Auch die Kapitalfunktion basiert nicht nur auf der innovativen und effizienten (Re)Kombination von Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Ressourcen, sondern auf Produktion eines wachsenden Mehrwerts, also Ausbeutung, und fortwährender Akkumulation, also Wachstum. Sofern eines von beiden eingeschränkt wird, verliert das Kapital seine Existenzgrundlagen, also auch seine «innovativen» Momente. Es gibt einen Gegensatz zwischen kapitalistischer Produktion und Ökologie, es gibt Grenzen der Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus.

Linke Politik muss ausloten, wie innerhalb dieser Begrenzungen Politik gemacht werden kann, wie die Begrenzungen zu überwinden sind und dabei die «innovativen» Momente aus der Kapitalform herausgelöst und neu organisiert werden können.

### **TRANSFORMATORISCHE PERSPEKTIVEN**

Ein Systemhopping gibt es nicht. Es braucht also transformatorischer Schritte, die sofort umsetzbar sind, unmittelbar die Bedingungen der Einzelnen verbessern können bzw. für Menschen, die etwa von (notwendigen) Arbeitsplatzverlusten in der Automobilindustrie bedroht werden, Übergänge schaffen. Zugleich müssen diese Sofortmaßnahmen eine Perspektive weisen und die nächsten Schritte andeuten, hin zu einer weitgehenden ökologischen und sozialistischen Transformation der gesamten Gesellschaft.

Die Opel-Rettung kann hier als Beispiel dienen: die staatliche Kapitalhilfe hätte an Konzepte alternativer Entwicklungswege und Konversion geknüpft werden können. Es wäre denkbar gewesen, Beteiligungen am Eigentum zur Bedingung zu machen oder Unternehmen vollständig zu vergesellschaften. Die Beteiligung hätte die Form von erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften und Region haben können, z. B. in regionalen Räten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Die Interessen der Beschäftigten hätten so gewahrt, aber dennoch die Weichen für eine soziale und ökologische Konversion gestellt werden können.

Eingebettet in eine makroökonomische Orientierung würde Konversion bedeuten, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine «Reproduktionsökonomie» zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Konzentrieren wir uns auf eine bedürfnisorientierte solidarische «Care Economy», in der Menschen füreinander sorgen: öffentliche Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung (soouveränität), Pflege und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Das sind zentrale Bedürfnisse, in denen alle Mangel beklagen. Das wäre ein Beitrag zu einer wirklich ökologischen Produktions- und Lebensweise: die Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur bringt wenig Umweltzerstörung mit sich. Die Krisen von Arbeit und Reproduktion könnten so bearbeitet werden – schon jetzt sind dies die einzigen Bereiche mit kontinuierlichem Beschäftigungsaufbau. Eine emanzipative Gestaltung der Geschlechterverhältnisse wäre so möglich; und die Entwicklung einer Praxis des «buen vivir» (guten Lebens), wie sie nicht nur in Lateinamerika erprobt wird. Damit geht eine Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion einher. Die Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung

der Wirtschaft trägt auch zum Abbau von Leistungs-  
bilanzungleichgewichten und der Exportfixierung bei.  
Mit dem (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffent-  
lichen werden Märkte und Privatisierung zurückge-  
drängt.

Die Reproduktionsarbeit im weiten Sinne ins  
Zentrum eines Transformationsprojektes zu stellen,  
ermöglicht eine Abkehr vom Fetisch Wachstum –  
und stellt damit zugleich mittelfristig die kapitalis-  
tische Produktionsweise in Frage. Letztlich wird  
damit die Frage aufgeworfen, wer über den Einsatz  
der Ressourcen in der Gesellschaft entscheidet  
und welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig  
sind. Dazu braucht es auch Elemente partizipativer  
Planungsprozesse. Es geht um eine radikale Demo-  
kratisierung von staatlichen wie ökonomischen  
Entscheidungen.

Nur in einer transformatorischen Perspektive lassen  
sich die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzli-  
chen Interessen zu einem gemeinsamen Projekt  
verbinden. Ein sozial-ökologisches Projekt wird auf  
Widerstände treffen. Doch auch ein konsequenter  
Green New Deal wird auf Abwehr stoßen. Umso  
wichtiger ist es, gemeinsam Druck aufzubauen, um  
die Grundlage für notwendige Kompromisse mit  
den Anhängern alternativer Konzepte zu schaffen.  
Nicht schon wieder getrennt aktiv sein, die Bewe-  
gung zu spalten, sich mit subalternen Positionen an  
der Tafel der Herrschenden zu begnügen.

#### **REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK**

Revolutionäre Realpolitik im Sinne Luxemburgs  
hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform  
und Revolution auf. «Revolutionär» bezieht sich auf  
den umwälzenden, transformatorischen und an die  
Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger  
auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revoluti-  
onärer Machtergreifung. Einen solchen herbeizu-  
wünschen oder herbeizureden ist unmöglich. Sich  
auf den Bruch zu konzentrieren hieße, sich politisch  
handlungsunfähig zu machen und zum «revoluti-  
onären Warten» zu verdammen. Was radikal wirkt,  
taugt dann nicht mehr zur Intervention.

Der Verweis auf Realismus bedeutet: in Kenntnis  
der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse agieren,  
aber in der Perspektive ihrer Verschiebung;  
anknüpfen an den realen Bedingungen und Wider-  
sprüchen, in denen sich jede und jeder bewegen  
muss, den Sorgen und alltäglichen Interessen der  
Einzelnen; ansetzen an den Eigeninteressen und  
Leidenschaften, sie aber so zu reformulieren und  
verallgemeinern («ethisch-politisch» nennt es  
Gramsci), dass die unmittelbaren Interessen der  
verschiedenen Gruppen überschritten und univer-  
sall zu den Interessen anderer Gruppen und Klas-  
senfraktionen werden können. Die Verbindung, die  
Perspektive der Überwindung zu entwickeln, dafür  
steht «revolutionär».

Es geht ums Ganze, um die Frage der gemein-  
samen Verfügung über die unmittelbaren Lebens-  
bedingungen, um die Gestaltung von Zukünften.  
Das ist mehr, als ein hübsches Fernziel, vielmehr  
ein notwendiges Element, um die Verengung oder  
den Rückfall auf korporatistische, also enge Grup-  
peninteressen, zu vermeiden. Wenn Kämpfe oder  
Einzelreformen nicht als Hegemonialkonflikte um  
die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen  
werden, droht Verschärfung von Unterordnung,  
die partikulare, kompromissförmige Integration in  
den herrschenden Block. Der Gesamtzusammen-  
hang wird vom herrschenden Machtblock immer  
wieder parzelliert, um gesellschaftliche Probleme  
und Veränderungen zu entnennen, die Probleme  
und sozialen Gruppen zu vereinzeln.

Eine Reihe anti-systemischer Forderungen mag  
vor Vereinnahmung schützen, allerdings auf  
Kosten einer isolierten, nicht anschlussfähigen  
Randposition. Es bedarf eines positiven, transfor-  
matorischen und integrierenden Projekts, das von  
Reformen im Kapitalismus ausgeht, aber diesen  
eine bestimmte Richtung verleiht – und Brüche mit  
dem Bestehenden zu denken und herbeizuführen  
vermag.

Mario Candeias ist Mitarbeiter des Instituts für Gesell-  
schaftsanalyse der Rosa Luxemburg-Stiftung

---

## **DIE LINKE UND DAS EIGENTUM**

**WIE KANN DIE DOMINANZ DES PROFITS ÜBERWUNDEN WERDEN?**

Von Professor Dieter Klein

Ein alternatives Gesellschaftsprojekt fordert der  
Linken neue eigene Antworten auf die alte Eigen-  
tumsfrage ab. Im Entwurf für ein neues Parteipro-  
gramm der LINKEN heißt es dazu: «Wir wollen eine  
radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch  
auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und

sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen,  
sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.»

#### **ERNEUERUNG DER DEMOKRATIE**

Eine weitgehende Erneuerung der Demokratie ist  
die erste Antwort der LINKEN auf die Eigentums-

frage. Nur dies kann alle Formen des Eigentums in einer solidarischen Mehrsektorenwirtschaft nach Maßstäben des Gemeinwohls unterwerfen – wenn auch stärker durchsetzbar bei öffentlichem Eigentum als bei transnationalen Konzernen. Aber Demokratie an sich ist kein ausreichender Maßstab einer funktionsfähigen Wirtschafts- und Eigentumsordnung. Diese muss die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger befriedigen und vor allem die Lage der sozial Schwächeren verbessern. Sie muss ökologisch nachhaltig wirken, hohe Ressourcenproduktivität sichern und innovativ auf neue Herausforderungen reagieren. Das staatssozialistische Eigentum konnte diesen Anforderungen nicht entsprechen. Aber auch das Kapitaleigentum stößt an soziale und ökologische Grenzen. Die kapitalistische Innovationskraft im technologischen Bereich findet keine Entsprechung, wenn es um die großen Menschheitsfragen der Zukunft geht.

Für deren Bewältigung bedarf es internationaler Kooperation, einer gesetzlichen Rahmgebung, gerechter Steuer- und Finanzpolitik, strategischer Struktur- und Forschungspolitik. Dafür ist eine Wirtschaftsdemokratie erforderlich, die den Gewerkschaften und Belegschaften realen Einfluss auf wichtige Unternehmensentscheidungen sichert. Generell können Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte die parlamentarische Struktur auf allen Ebenen ergänzen und Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie sozialen und ökologischen Bewegungen Einfluss auf wichtige Wirtschaftsentscheidungen ermöglichen.

### ÖFFENTLICHES EIGENTUM

Die zweite Antwort der LINKEN auf die Eigentumsfrage ist, dass Gerechtigkeit und Demokratie erheblicher Stärkung des Öffentlichen bedürfen:

*Öffentliche Daseinsvorsorge:* Dort, wo für jede Bürgerin und jeden Bürger gleiche Teilhabe an Gütern und Leistungen unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit verwirklicht werden soll, versagt das private Kapitaleigentum. Das Kapital flieht seiner innersten Natur gemäß unrentable Sphären. Deshalb zielt die neoliberale Politik im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und in der Europäischen Union auf Privatisierungen in Bildung, Gesundheitswesen und insgesamt 155 Teilsektoren von Daseinsvorsorge und Dienstleistungen. DIE LINKE tritt für die Verteidigung und Auswertung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bildung und Gesundheit, Mobilität und Versorgungsinfrastruktur, für Energie, Wasser und Entsorgung und für öffentliches Eigentum in diesen Bereichen ein. Das ist auch in der Wohnungswirtschaft für die Begrenzung des Profitstrebens privater Immobilieneigentümer durch eine soziale Wohnungs-

politik unverzichtbar. Als eine der Bedingungen für Regierungsbeteiligungen der LINKEN wird daher im Programmentwurf die Ablehnung von Privatisierungen genannt. Die Ablehnung jeglicher Privatisierung ist nach der Interpretation mancher Linker ein kategorischer Imperativ ohne Wenn und Aber. Doch Eigentumspolitik ist nicht Dogmenvollzug. Ein kommunales Grundstück zur Ansiedlung eines kleinen oder mittleren Unternehmens zu verkaufen, um damit dem Ort Beschäftigung und Steuereinnahmen zu sichern, ist keine Privatisierungspolitik. Auch der Verkauf verstreut gelegener kommunaler Wohnhäuser beispielsweise, für deren aufwendige Verwaltung und Sanierung die Gemeinde die Mittel nicht hat, kann sinnvoll sein. An wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge werden auch künftig Privatunternehmen beteiligt sein. Der Staat hat dann ihre Leistungen zu sozial und ökologisch akzeptablen Bedingungen zu gewährleisten.

*Finanzsektor:* Das spektakuläre, verlustreiche und auch für die breite Öffentlichkeit unübersehbare Versagen der großen Finanzakteure in der jüngsten Krise hat die Vergesellschaftung von Großbanken als Gebot der Erfahrung und Vernunft deutlich erkennbar gemacht.

*Energiewirtschaft:* Das Versagen der Energiekonzerne zeichnet sich nicht so abrupt wie das der Banken in der Finanzkrise ab, wohl aber umso gefährlicher in der Bedrohung der Lebensgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen durch ihre fossilistisch-atomare Energie- und Klimapolitik. Es fordert auch in der Energiewirtschaft gesellschaftliches Eigentum insbesondere an den Netzen heraus. Bundesweite Netze der Stromversorgung, der Telekommunikation, des Eisenbahnverkehrs und anderer Dienste bilden natürliche Monopole. In privater Hand tendiert solches Monopol zu Preiswucher und Vernachlässigung von Wartung und Instandhaltung mit negativen Langzeitfolgen. Netzgebundene Dienstleistungen sollten daher in öffentlicher Hand bleiben oder in öffentliches Eigentum überführt werden. Netze dürfen nicht genutzt werden, um den allgemeinen Zugang zu Wissen und Information zu beschränken.

Sicher wird die Überwindung der Dominanz des Profits in der Gesellschaft öffentliches Eigentum in weiteren Sphären erfordern. Nicht überall etwa und nicht aus Gründen einer DDR-Nostalgie, sondern als Erfordernis der Gerechtigkeit und ökonomischer, sozialer und ökologischer Rationalität. Es sind die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse, von denen das Investment-Serviceunternehmen Merrill Lynch und der Management-Dienstleister Capgemini in ihrem 13. Weltreichtumsbericht erwarten, dass die derzeit 8,6 Millionen Multimillionäre ihren Reichtum von 32,8 Billionen US-Dollar im Jahr 2008 auf 48,5 Billionen im Jahr 2013 steigern werden. Deutschland liegt auf dem

dritten Platz nach der Zahl seiner Milliardäre – und nach dem Umfang seiner Rüstungsexporte. 2,5 Millionen Kinder leben in der Bundesrepublik in Armutverhältnissen. Die Bundesregierung bereitet im Gesundheitswesen die Einführung einer gleichen Pro-Kopf-Pauschale für alle vor, für Millionäre wie für Niedrigverdienende – bei voraussehbar niedrigem Sozialausgleich. Weltweit ist die Zahl der Hungernden im Jahr 2009 auf über eine Milliarde gestiegen. Im Programmentwurf heißt es angesichts solcher sozialen Klüfte, dass «strukturbestimmende Großbetriebe» in «demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen» überführt werden sollen.

Wie dies jedoch aufzufassen ist, bedarf weiterer Diskussionen. Für eine Strömung in der LINKEN ist demokratischer Sozialismus vor allem eine Eigentumsordnung, bestimmt durch öffentliches Eigentum – und zwar so umfassend wie möglich. Doch die skandalöse Verstrickung von staatlichen Landesbanken in spekulative Finanzgeschäfte mit Milliardenverlusten zu Lasten der SteuerzahlerInnen oder das Herunterwirtschaften der Berliner S-Bahn zugunsten von Profiten der Muttergesellschaft Deutsche Bahn, um den Staatskonzern attraktiv für seine Teilprivatisierung in einem Börsengang zu machen, zeigen deutlich: Allein die Form des Eigentums, ob öffentlich oder privat, entscheidet nicht über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung. Möglichst viele Großunternehmen in öffentliche Hand zu übernehmen, würde nicht selbstläufig eine sozialökologisch funktionsfähige flexible Wirtschaftsregulierung hervorbringen, ganz abgesehen von dem durch die Kräfteverhältnisse gebotenen Realismus programmatischer Eigentumskonzepte. Deshalb wird im Programmentwurf der Überlegung zur Vergesellschaftung von weiteren Großbetrieben hinzugefügt: «Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden.»

Einer anderen Strömung in der LINKEN gilt als die erste Leitidee des demokratischen Sozialismus individuelle Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Solidarität mit anderen. Als zweite gleichrangige Leitidee muss die Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter den Erhalt der Natur betrachtet werden – zu verwirklichen durch einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung. Und abgeleitet davon ist zu fragen, welche Eigentumsformen welchen spezifischen gesellschaftlichen Aufgaben am meisten gemäß sind.

## **SOLIDARISCHE MISCHWIRTSCHAFT**

Die dritte Antwort der LINKEN auf die Eigentumsfrage lautet im Programmentwurf: «In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE LINKE sie anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz, staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums.»

Sie werden so zu einer Mischwirtschaft zu kombinieren sein, dass sie eine funktionsfähige Regulierung durch das Zusammenwirken von staatlicher Wirtschaftspolitik, zivilgesellschaftlichem Einfluss und Marktmechanismen ermöglichen. Sie sollten 1. auf einem starken Gewicht öffentlichen Eigentums beruhen, 2. auf privatem Eigentum unter strikter Wettbewerbskontrolle, 3. auf wirksamen Mitbestimmungsrechten, auf Belegschaftseigentum, das in überbetriebliche Gemeinwohlinteressen eingebunden werden muss, auf Genossenschaftseigentum und 4. auf demokratischer sozialökologischer Rahmgebung für alle Eigentumsformen und strategischer Strukturpolitik des Staates.

## **TRANSFORMATORISCHER PROZESS**

Doch der Herausbildung einer sozialökologischen Mischwirtschaft unter demokratischer Kontrolle stehen die realen Machtverhältnisse entgegen. Wahrscheinlich wird ein Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen selbst in wenigen zentralen Bereichen der Wirtschaft kaum als ein einziger großer Akt vor sich gehen – auch wenn «jähle Wendungen» nicht auszuschließen sind. Viel eher ist dieser Bruch als ein längerer transformatorischer Prozess vorstellbar, in dem Schritt für Schritt die Verfügung destruktiv handelnder kapitalistischer Großeigentümer über ihr Eigentum derart eingengt und umgelenkt wird, dass dies zu einer Veränderung des Eigentums selbst führt. Wie dies geschieht, wird in den vor uns liegenden außerparlamentarischen, parlamentarischen und betrieblichen Kämpfen entschieden.

Die Verfügung über Eigentum wird sich durch das Zusammenwirken vieler Faktoren verändern: durch wachsende Gewerkschaftsmacht und erweiterte Mitbestimmung; durch die Verwandlung von staatlichen Hilfen für Unternehmen in Staatsanteile am Betriebsvermögen und öffentlichen Einfluss; durch Sozial- und Umweltgesetze, die die Profitdominanz zurückdrängen; durch Gebote und Verbote; durch öffentliche Finanzaufsicht und -kontrolle; durch Institutionen staatlicher Energiepolitik; durch staatliche Sanktionen bei Missbrauch; durch die Re-Kommunalisierung von privatisierten Kommunalunternehmen und nicht zuletzt durch die Verstaatlichung beispielsweise von Großbanken – wie in den USA und Großbritannien in jüngster Zeit bereits geschehen –, die allerdings nur ein Ausgangspunkt wirklicher Vergesellschaftung ist.

Selbst die Ausweitung von öffentlichem Eigentum ist aber nicht die ganze Lösung. Zur realen Vergesellschaftung von Eigentum gehört, die Wirtschaftstätigkeit von Unternehmen tatsächlich am Gemeinwohl zu orientieren, eine neue Balance von ökologischen Standards, betriebswirtschaftlicher Effizienz, guter Arbeit für die Belegschaft, Geschlechtergerechtigkeit, betrieblicher Mitbestimmung sowie Interessen der Kommunen oder Regionen zu finden sowie Transparenz und öffentliche Kontrolle herzustellen.

Für den notwendigen Wandel der Eigentumsverhältnisse gilt also wie insgesamt für den Übergang zu einem alternativen Gesellschaftsprojekt einer solidarischen Gesellschaft oder des demokratischen Sozialismus, dass dieser Wandel als ein

voraussichtlich langer transformatorischer Prozess vieler kleiner und größerer Schritte und Brüche zu erwarten ist. DIE LINKE wird in möglichst breiten Allianzen dafür kämpfen, in eine solche sozialökologische Reformalternative zunehmend Elemente des demokratischen Sozialismus hineinzuholen, um sie für die Überwindung des Kapitalismus zu öffnen. Die große Transformation des 21. Jahrhunderts wird nach dieser Erwartung Reformen im Kapitalismus mit weiterreichenden Brüchen von revolutionärer Tiefe verbinden, die zu einer solidarischen Gesellschaft, zu einem demokratischen Sozialismus führen.

Professor Dieter Klein ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

---

## LINKE KLASSENPOLITIK?

### DAS ZIEL: SOLIDARITÄT DER VERSCHIEDENEN GRUPPEN DER LOHNABHÄNGIGEN MITEINANDER

Von Christina Kaindl

Wenn die Herrschenden vom Ende der Klassengesellschaft sprechen, so im Interesse der Herrschaft: Die Ungerechtigkeit der systematischen Spaltung der Gesellschaft möchte bitte unsichtbar werden. Im Blick zurück scheint die Bestimmung der Arbeiterklasse zu früheren Zeiten einfacher: die Heerscharen von Arbeitern, die bald das Heer der Soldaten stellten, sind ins kollektive Geschichtsbild eingegangen. Die Mobilisierung gegen Krieg und Hunger reichte immerhin für eine Revolution. Letztlich war sie nicht von Dauer, haben die Bürger (mit der Reaktion) gesiegt. Wichtige Fragen lassen sich daraus ziehen: Folgt aus der Klassenanalyse schon, wer politisches Subjekt für eine Transformation über den Kapitalismus hinaus sein kann? Und wenn die «Klasse» kein Bezugspunkt von politischen Mobilisierungen oder geteilter Erfahrung ist – macht das Klassenanalysen für die Linke überflüssig?

Zunächst: Wenn wir glauben, die Arbeiterklasse sei zu Marx' Zeiten eine einheitliche Fraktion gewesen, sitzen wir den verschobenen (oft wohlmeinenden) Bildern aus Film, Theater und Politik auf. Die Vielfalt von prekären Beschäftigungsformen, Tagelöhnern, Landarbeitern, Knechten, Mägden, Dienstmädchen, kleinstselbstständigen Handwerkern, die Unterschicht der «Lumpen», erzwungene Arbeit im Armenhaus, unterbezahlten Migrantinnen und überausgebeuteten Frauen wird darin unsichtbar. Anders als der Blick auf die (kapitalistische) Nachkriegszeit oft nahe legt, war die Arbeiterklasse auch im Fordismus mit seinem Verhandlungsdreieck aus Gewerkschaften, Staat und Kapital nicht einheitlich:

In der globalen Arbeitsteilung, in der ethnischen Unterschichtung – also der Zuweisung der unteren gesellschaftlichen Positionen an MigrantInnen – und der Ungleichstellung der Frauen war auch diese homogen wirkende Arbeiterklasse diffus, nicht geeint, sondern gespalten.

Zwar spricht Marx im Kommunistischen Manifest davon, dass die Klassenverhältnisse sich vereinfachen werden, zuspitzen auf die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, die dem letzten Kampf entgegen sehen. Er unterscheidet die Klassen nach der Stellung zum Eigentum (an Produktionsmitteln) und der Produktion von Mehrwert, sowie nach der Trennung von planenden und ausführenden Tätigkeiten. Doch in seinen Analysen von Kämpfen, Arbeitsgesetzgebungen, in seinen Beschreibungen der «Lage der Arbeiterklasse» wird deutlich, dass die Klasse tatsächlich aus Fraktionen und Fraktionierungen zusammengesetzt ist. Konkrete Klassen sind vielfältig und unübersichtlich, der Bezug auf die strukturierenden Momente von Arbeit und Kapital sind wichtig für die Analyse – und für die Richtung der Transformation.

Kann heute sinnvoll von «Klassen» gesprochen werden? Zu unklar scheinen Vielen die Abgrenzungen, zu grob die Kategorien von «Lohnarbeit» und «Kapital». Verlaufen die Spaltungen nicht eher entlang von denen, die (noch) Arbeit haben, und denen, die von Lohnarbeit dauerhaft ausgegrenzt sind? Sind Selbstständige Teil der Arbeiterklasse, werden Arbeiter Kapitalisten, wenn sie Anteile am Aktienvermögen «ihres» Betriebes erhalten?

Lassen sich die feinen und groben Unterschiede der Menschen in unsicherer Beschäftigung, der Prekarisierten im Niedriglohn wie im High-Tech als Klassen – als eine Klasse – fassen?

Und zu wem sprechen die Begriffe? «Erkennen» die Menschen ihre «Lage» in diesen Begriffen und sind sie deshalb nicht aufzuhalten? Auf dem Weg wohin? Hier beginnt das Ringen um linke Politik und das Schmieden von Bündnissen, die bei allen Unterschieden gemeinsame Perspektiven für eine Transformation ausweisen.

Welche Teile der Bevölkerung, wessen Interessen sind Bezugspunkte linker (Partei-)Politik und wie soll sie mit diesen Interessen umgehen? Muss sie vor allem auf Seiten der Ärmsten stehen oder sich an einer «Mehrheit» der Bevölkerung orientieren? Können die unterschiedlichen kulturellen, ökonomischen und politischen Orientierungen der Menschen, die vom Kapital abhängen, ohne über es zu verfügen, in ein gemeinsames politisches Programm gegossen werden – und wie sähe dies aus?

Eine Kunst von Herrschaft und Hegemonie des Kapitals ist es, die unteren Klassen von ihren gemeinsamen Interessen abzulösen und sie – einzeln, zersplittert und entsolidarisiert – einzubinden: männliche Berufsgruppen gegen weibliche, Einheimische gegen Migranten, fest Angestellte gegen Leiharbeiter, besser Verdienende gegen die mit niedrigem Lohn, die Automobilarbeiter gegen die Beschäftigten im Handel usw. So können die konkreten Interessen von Teilen der Klasse in Gegensatz zu ihren allgemeinen Klasseninteressen gebracht werden.

Auf demselben Feld bewegen sich linke Politiken: Sie müssen konkrete Klassenformationen ausmachen und ihre Interessen in Politikprojekte einbringen, die auch die allgemeine Klassenlage der vom Kapital Abhängigen verbessern. Die Splitter – genügend für ein gesellschaftliches Projekt – müssen zusammengefügt werden. Die Repräsentation von Klasseninteressen muss gleichzeitig bedeuten, die Zusammensetzung der Klasse zu verändern. Darin liegen Herausforderungen für linke Politik: Das eine tun – die Interessen der Unteren stützen und sie in hegemoniefähige Bündnisse bringen. Und das andere nicht lassen – diese Politik in einen Horizont stellen, der an der Aufhebung der Klassen festhält.

Der «nivellierten Mittelstandsgesellschaft» wurde von oben der Klassenkampf angesagt, als in der Krise des Fordismus die Stunde des Neoliberalismus schlug. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird im globalen Maßstab verhandelt. Damit drückt die Ungerechtigkeit der Weltgesellschaft unmittelbar auf die Löhne der bisherigen Zentren des Kapitalismus. Neoliberale Politik höhlt die sozialen Sicherungssysteme aus und verschiebt die sozialdemokratischen Diskurse um «Vollbeschäftigung» zur

Einführung eines umfänglichen Niedriglohnssektors. Die Zusammensetzung der Klasse wandelt sich: die kreative, mehr oder weniger verarmte Bohème wurde geschaffen und der Niedriglohnbereich der working poor. Der Wert der Arbeitskraft ist im Bereich der persönlichen Dienstleistungen so weit gedrückt worden, dass mehr Frauen in prekäre Lohnarbeit und Selbstständigkeit gehen – und das auch müssen, um die gesunkenen Einkommen auszugleichen. Feministische Solidarität und anti-rassistische Arbeit kommen nicht ohne einen klassenpolitischen Zugang aus, wollen sie darauf linke Antworten finden.

Die Ausweitung der Leiharbeit setzt Kernbelegschaften unter Druck, was Löhne, Standards, Kampfbereitschaft angeht. Zusammen mit dem Druck der Weltkonkurrenz macht sie das anfälliger für Anrufungen von oben, bindet sie stärker an «ihr» – jeweiliges – Kapital. Ohne Sicherheitsnetz und vermittelt über Markt und Konkurrenz werden die neuen Anforderungen als Verletzung von Gerechtigkeitsvorstellungen wahrgenommen. Die Abgrenzungen nach «unten», zu sozial Schwachen und Menschen, die auf Transferleistungen vom Staat angewiesen sind, sind unter Gewerkschaftsmitgliedern nicht geringer, eher höher, als im Rest der Gesellschaft.

Die Krise hat weitere Probleme deutlich gemacht: Ist der Kampf um die unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer (Löhne, Arbeitsplätze, Rente) automatisch «linke» Politik? Wie lassen sich linke Positionen finden, zur Arbeitnehmerschaft der Automobilindustrie, die für den Erhalt von umweltzerstörenden Überkapazitäten kämpfen? Sie werden eingebunden in ein Projekt der Stabilisierung neoliberaler Politik und verschärfen die Konkurrenz zu Teilen der Arbeiterklasse, die über weniger Verhandlungsmacht verfügen, etwa in Pflege oder im Handel. Die Spaltung in Stammbelegschaften und Leiharbeiter bleibt. Die Herrschenden verteilen Wohltaten ausgehend von ihren Machtinteressen. Zwischen die soziale und die ökologische Frage wird ein Keil getrieben.

Klassenpolitik kann also nicht allein als Vertretung von Interessen einer Beschäftigtengruppe verstanden werden. Es geht darum, sie als gesellschaftliche Politik zu verstehen. Dies verlangt, Solidarität der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen miteinander herzustellen. Die unmittelbaren Interessen müssen in einem umfassenden Kampf für gesellschaftliche Transformation «aufgehoben» werden. Interessen des Arbeitsplatzerhaltes, Interessen, die eigene Kreativität zu testen, sich selbst im eigenen Leben als «am Steuer», als handlungsmächtig zu empfinden – sie alle sind berechtigt. Sie bedürfen einer politischen Repräsentation, damit sie wirkmächtig werden können. Im Prozess ihrer Realisierung allerdings können sie – und müssen

unter Umständen – sich verändern. Linke Politik kann das nicht «von oben» steuern, sondern nur mit den Menschen in den Kämpfen entwickeln. Sie muss aber gesellschaftliche Transformationskonzepte mit erarbeiten, in denen neue Formen überhaupt denkbar werden.

Solidaritäten über Segmente der Beschäftigten (und Nicht-Beschäftigten) hinweg, entlang von Produktions- und Wertschöpfungsketten, gar über nationale Grenzen hinaus sind nur schwer herzustellen. Zwar mag es angemessen scheinen, dass die Linke sich vorrangig als Fürsprecher der am meisten prekarierten und machtlosen Gruppen der Gesellschaft versteht. Doch es genügt nicht, sich auf nur eine Fraktion der neuen Klassenzusammensetzung zu beziehen. Weder analytisch noch politisch: Niedriglohn und Leiharbeit stehen ebenso wie die erschütterten sozialen Sicherungssysteme im Zusammenhang mit den Interessen der Kernbelegschaften. Das lässt sich leicht ablesen, wenn die Verhandlungspositionen von zehntausenden Beschäftigten durch einige hundert Leiharbeiter im Betrieb verunsichert werden. Die Forderungen der Erwerbslosenproteste (ALG-2-Regelsatz von 500 Euro, 30 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, 10 Euro Mindestlohn) sind Ergebnis eines Bündnisses von Armenbewegungen und Linksgewerkschaften. Die Kernbelegschaften etwa der Automobilindustrie sehen sich darin oft nicht repräsentiert: Die Armutssicherung wird potenziell als Absenken ihrer Standards wahrgenommen. Gegen die Spaltung der Unteren anzuarbeiten, ist eine konzeptionelle Herausforderung: Die Gemeinsamkeiten sind gegen das herrschende Denken zu entwickeln. Die Alternative «Klasseninteressen oder die Mehrheit der Bevölkerung vertreten» ist falsch gestellt.

Alternative Konzepte, eine Diskussion um was, wie, durch wen und in welcher Zeit produziert werden soll, gilt Vielen als unrealistisch und daher nicht in ihrem Interesse. Ob sich interessengeleitete, handlungsfähige neue «Subjekte» konstituieren, wird sich weisen. Die Linke muss die unterschiedlichen Kämpfe, Selbstorganisationsformen und Interessen der Gruppen «lesen» können, muss ihre Sprache sprechen und sich an ihren Kämpfen beteiligen. Nur aus dieser Perspektive wird eine Verbindung von «Kybertariat» und «Prekariat» mit der «Kernbelegschaft» gelingen können. Die Interessen der Automobilarbeiter z. B. sind aufzunehmen und gegen die Vereinnahmung von Staat und Kapital zu verteidigen. Darüber hinaus müssen sie mit den Interessen «der Klasse» insgesamt vermittelt werden und mit ökologischen Überlebensinteressen: eine Transformation der Beschäftigungs- und der Produktionsstruktur muss zusammen gehen. Links und solidarisch können nur Modelle sein, die die politische Handlungsfähigkeit der Menschen in diesem Prozess vergrößern, nicht wie jüngst verringern. Linke Klassenpolitik und die Entwicklung von demokratischen Formen und neuen Eigentumsmodellen sind gemeinsam zu entwickeln.

Linke Politik muss die alltäglichen Erfahrungen, das Leiden und die Widersprüche der Produktionsweise repräsentieren und zugleich Perspektiven auf die nach-kapitalistische Gesellschaft eröffnen: Der Horizont bleibt eine Gesellschaft, in der die Teilung in Klassen und die (herrschaftliche) Trennung von planenden und ausführenden Handlungen aufgehoben ist.

Christina Kaindl ist verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift «LuXemburg» der Rosa-Luxemburg-Stiftung

---

## LINKE REGIERUNG?

### CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN RADIKALER REALPOLITIK

Von Cornelia Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker

Die Frage linker Regierungsbeteiligungen ist nicht nur in Deutschland von zentraler Bedeutung. Angesichts der Erfahrungen in Norwegen, Frankreich, Spanien oder Italien bzw. Lateinamerika oder Asien und Afrika stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen linkes Regieren erfolgreich sein kann und was die Maßstäbe des Erfolges sind.

Fünf Einwände, so Michael Brie, werden gegen Regierungsbeteiligungen formuliert: erstens, der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden; zweitens, nur eine Revolution könne die Probleme lösen; drittens, der heutige Staat sei ausschließlich Machtinstrument der herrschenden

Klasse, man könne sich daran nicht beteiligen; viertens schwäche die Regierungsbeteiligung zwangsläufig die Linken; fünftens werde durch linke Regierungsbeteiligung die Fortsetzung rechter Politik ermöglicht. Verändern erkämpfte Errungenschaften wie der Sozialstaat wesentliche Seiten des Kapitalismus und schaffen Bedingungen seiner Zurückdrängung und Überwindung oder sind diese zwangsläufig nur systemimmanente Reformen, die letztlich einem sozialistischen Ziel sogar schaden? Und können solche Reformen den Herrschenden nicht besser aus der Opposition abgenötigt werden? Müssen die Linken auf den Bruch zielen oder müssen

sie ihre Strategie und Programmatik auf die Zurückdrängung der Profitdominanz des Kapitalismus konzentrieren?

Im Programmentwurf ist vom transformatorischen Prozess die Rede, der von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein wird. Hierzu benennt der Entwurf vier zentrale Reformprojekte: Gute Arbeit, Demokratisierung der Gesellschaft, sozial-ökologischer Umbau sowie Abrüstung und die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit – Forderungen, die auch Ziele linken Regierens beschreiben. Zugleich findet sich der Verweis auf notwendige Mehrheiten zur Durchsetzung linker Reformprojekte. Sie müssen erst geschaffen werden. Sie waren 2008 in Hessen nicht gegeben und fehlten letztlich auch in Thüringen und im Saarland 2009, waren aber in Brandenburg vorhanden.

Im Programmentwurf wird betont, dass Regierungsbeteiligungen nur dann sinnvoll sind, wenn eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzbar sei sowie ein sozial-ökologischer Umbau eingeleitet werden könne. Regierungsbeteiligungen sind an verbindliche Kriterien zu knüpfen und unter konkreten Bedingungen zu diskutieren und zu entscheiden. Beides zugleich ist nicht ohne Widerspruch zu haben.

Mit den Anforderungen an Regierungsbeteiligungen beschreibt die Linkspartei ein Konfliktfeld zwischen gesellschaftlicher «Einflusslogik», die sich aus den realen Kräfteverhältnissen und konkreten Rahmenbedingungen ableitet, und einer internen «Parteienlogik». Angesichts der Notwendigkeit, dass Parteien ihre Identitäten bzw. «Markenkerne» sichern müssen, ist es sinnvoll, Ansprüche zu formulieren, die unabhängig von der konkret gegebenen Situation einzuhalten sind. Landespolitik gehört aber in die politische Verantwortung der Landesverbände, denn sie kennen die Situation vor Ort. Dass sie zugleich auch bundespolitische Verantwortung tragen und den «Markenkern» der Linken schützen müssen, ist selbstverständlich und doch nicht immer leicht.

Es ist sinnvoll, die Unterschiedlichkeit der Bedingungen zu berücksichtigen. In den ostdeutschen Bundesländern gehört dazu z. B. die Abwanderung – per saldo sind es jährlich rund 50 Tausend, viele Junge und viele Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer doppelt so hoch, das Verdienstniveau liegt bei siebzig Prozent, die Gewerkschaften sind wesentlich schwächer. Das Armutsrisiko liegt in Baden-Württemberg bei zehn Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern bei fast dreißig.

In vielen westdeutschen Ländern – das Saarland ist noch ein Sonderfall – hat die Linkspartei mit ihren vier bis acht Prozent sehr spezifische Interessen konkreter Wählergruppen zu vertreten, ist aber zugleich vor die Aufgabe gestellt, diese in umfassendere Reformprojekte einzuordnen. Im Osten Deutschlands erhält die

Linkspartei 20 bis 30 Prozent der Wählerstimmen. Sie muss dort sofort sehr breite Interessen aufgreifen und als linke Volkspartei agieren. Die Beteiligung an Regierungen auf Länderebene stellt sich deshalb in Ost und West jeweils anders dar.

Die gemeinsame Aufgabe ist es, das Ziel der Verbesserung der realen Lebensbedingungen mit konkreten Projekten zu untersetzen. Woran also will sich die Linke unter keinen Umständen beteiligen und vor allem was kann und was will sie im Unterschied zu anderen Parteien? Ihre Projekte müssen real durchsetzbar sein. Das erwarten jene Bürgerinnen und Bürger, die «ihre» Partei in Regierungsverantwortung sehen wollen – und dies ist die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.

Dass die LINKE als Partei sozialer Gerechtigkeit erkennbar bleiben muss, war eine bittere Erfahrung für die Berliner Linken. 2006 verlor sie gegenüber 2001 fast die Hälfte ihrer Wähler. Die Konsolidierung des Landeshaushalts mit einer Schuldenlast (mehr als das Zweifache des Landeshaushaltes) dominierte die Landespolitik.

Bereits 2005 verwies Rolf Reißig in seiner Analyse der Berliner Regierungspolitik auf die Notwendigkeit eines klaren Profils und erkennbarer linker Projekte. Für die zweite Regierungsperiode formulierte die Berliner Linkspartei im Vorfeld von Sondierungsgesprächen ihre linken Projekte: Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), Modellprojekte für eine Gemeinschaftsschule sowie Erhalt der öffentlichen Infrastrukturunternehmen der Daseinsvorsorge. Priorität habe – so der Berliner Koalitionsvertrag – die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und ein gebührenfreier Zugang zu Bildung. Umgesetzt wurde u. a. eine Neuberechnung der Wohnkosten, um Massenumzüge zu vermeiden, das Sozialticket, ein Kulturticket und ein Berlin-Pass, mit dem alle, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit erhalten. Über 7.500 Berlinerinnen und Berliner arbeiten mittlerweile im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Seit 2005 gibt es keine Privatisierung von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Linke in der Regierung muss die Qualität öffentlicher Güter und Infrastruktur, Effizienz im Umgang mit öffentlichen Geldern, tarifgerechte Löhne und letztlich die Kontrolle über das Funktionieren der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen. Das ist ohne Konflikte der Beteiligten nicht möglich. Die Berliner Linksfraktion beschloss im Februar 2010 ihr Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau. Auch die Brandenburger Linke legte einen Schwerpunkt auf sozial-ökologische Fragen, konnte sich jedoch bei der Beendigung des Braunkohleabbaus nicht durchsetzen. Hier reichte weder die politische Kraft der Linkspartei noch der außerparlamentarische, gesellschaftliche Druck. Dennoch beschloss

der Landesparteitag den Weg in die rot-rote Koalition. Inwieweit sie dort linke Politik durchsetzen kann, ist angesichts der Abwälzung der Krisenlasten auch auf Länder und Kommunen eine offene Frage. Eine strategische Verknüpfung der Initiativen zwischen Bund und Land ist erforderlich.

Linke in Landesregierungen sind Chance und Herausforderung für die Gesamtpartei. Landespolitik ist eines der wichtigsten Experimentierfelder radikaler Realpolitik, selbst wenn sie scheitert. Hier kann und muss die LINKE beweisen, dass sie für den Schutz sozial Benachteiligter, für soziale, politische und kulturelle Teilhabe steht, für konkrete Projekte sozial-ökologischer Entwicklung. Hier muss sie zeigen, wie sie in einer Koalitionsregierung ihr politisches Profil stärken und zugleich die hierzu notwendige Kooperations- und Kompromissfähigkeit entwickeln kann. Auf kommunaler und Länderebene zeigt sich, wie Volksbegehren und Volksentscheide, unter vereinfachten Nutzungsbedingungen von den Linken durchgesetzt und in der Verfassung verankert, auch zur Herausforderung für die Linken werden. Gefragt ist eine Parlamentsarbeit, die repräsentative parlamentarische Demokratie mit Formen direkter Demokratie sowie einer Entwicklung von Wirtschafts- und Geschlechterdemokratie verknüpft. Linkes Regieren muss mit der Weitergabe (Abgabe) von Macht, also der Stärkung und Beförderung von außerparlamentarischen Initiativen, Einrichtungen und Gremien verbunden werden. Und dies nicht erst in der Regierung.

Eines der wichtigsten Ergebnisse linker Regierungspolitik auf Landesebene sind praktische Kenntnisse über Prozesse politischer Steuerung und das Funktionieren staatlicher Institutionen, insbesondere von Verwaltungen, die politische Akteure sind. Das wird von Linken immer wieder unterschätzt. Auch die Linken neigen in Opposition wie auch in Regierungen zum separierten Denken in den Ressorts von Verwaltungen und entwickeln darin ihre alternativen Lösungsansätze, statt auch deren Strukturen zu hinterfragen und ressortübergreifende Projekte zu entwickeln. Ein Neuansatz hierfür sind die gesellschaftlich erarbeiteten Landesentwicklungspläne unter Einbeziehung der Verwaltungsstrukturen in ostdeutschen Bundesländern. In Brandenburg wird sich zeigen, was davon in Regierungsverantwortung umgesetzt werden kann.

Die Linke steht vor der Aufgabe, Systemkritik mit radikaler Realpolitik zu verbinden und hierfür gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Bisher wurde ein Politikwechsel in jenen Bundesländern, in denen Linke in Regierungen waren oder sind, nicht erreicht. Oft blieb es (immerhin!) bei der Veränderung des Stils von Politik. Ob die Richtung der Politik auf Länderebene verändert werden kann, ist noch eine offene Frage.

Auf der Bundesebene wird der Richtungswechsel der Politik zur zentralen Frage. Die Erfahrungen in Italien haben gezeigt, dass der Eintritt in eine Mitte-Links-Regierung zur Verhinderung einer Rechtsregierung von Berlusconi allein nicht ausreichte. Keines der gestellten Ziele wurde erreicht, die Fragen der sozialen Umverteilung wurden nicht angepackt. Es gab kein gemeinsames linkes Projekt, getragen von den Koalitionspartnern, von außerparlamentarischen Bewegungen, Gewerkschaften – ganz anders als in Norwegen. Die Wirtschaftspolitik verblieb im neoliberalen Rahmen. Eigene Gesetzesvorhaben der Rifondazione Comunista zu Einwanderung und Arbeitsmarkt und zur Begrenzung der Medienmacht Berlusconis wurden vertagt. Und: die verschiedenen Kämpfe an verschiedenen Fronten in den Kommunen oder gegen Militäreinsätze etc. wurden nicht zu einem breiten Bündnis zusammengebracht, die Entfremdung zur eigenen Partei wuchs.

Alle Parteien sind damit konfrontiert, dass die Macht in den Fraktionen konzentriert wird, auch die Linken. In Italien scheiterten die Linken 2008 nicht nur an der fehlenden gesellschaftlichen Verankerung der Wahl-Koalition, dem fehlenden sozialen Profil als Regierungspartei, sondern an der völligen Abkopplung von den außerparlamentarischen Parteistrukturen. Gerade dann, wenn die Kompetenzen auf der parlamentarischen Ebene zunehmen, wächst die Notwendigkeit der Parteientwicklung, um immer wieder den parlamentarischen Verselbständigungsprozessen entgegenzuwirken.

Wenn die Frage linker Regierungsbeteiligung – erst recht auf nationaler Ebene – gestellt wird, muss es sich um den Eintritt in eine dezidiert linke Regierung handeln. Voraussetzung sind politische und gesellschaftliche Bündnisse. Dies beginnt mit der Arbeit an einem linken, politisch tragfähigen Programm, der Formulierung eines linken Projektes, das von der Gesellschaft mehrheitlich mitgetragen werden kann, das sich orientiert an einem sozial-ökologischen Umbau, hinter dem Gewerkschaften, soziale Bewegungen und große Teile der Bevölkerung stehen. Von ihm muss die Faszination eines gesellschaftlichen Ausbruchs ausgehen. Dazu werden Gesellschaftsprojekte gebraucht, die von verschiedenen sozialen Klassen und Schichten getragen werden, für diese attraktiv sind, in die sie sich einbringen können. Für einen Politikwechsel muss die Linke von den Lebensweisen ausgehen, von den konkreten Hoffnungen und Bedürfnissen. Nur so wird ein Ganzes von gesellschaftlicher Umgestaltung und Veränderung im Alltag daraus.

Cornelia Hildebrandt ist Mitarbeiterin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Meinhard Meuche-Mäker leitet das Regionalbüro Hamburg der Rosa-Luxemburg-Stiftung

---

## KRIEG DARF KEIN MITTEL DER POLITIK SEIN

Von Herbert Wulf und Johannes M. Becker

Die aktuelle offizielle Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland droht vorrangig zur ausschließlichen Militärpolitik zu verkommen. Zwar ist weiterhin von internationaler Verantwortung für den Frieden, von der Notwendigkeit der Abrüstung und Rüstungskontrolle, von ziviler Krisenprävention, vom Schutz der Menschenrechte und von Entwicklungszusammenarbeit als Instrument zur Überwindung von Armut und Konflikten die Rede, doch in der Praxis sind die Prioritäten eindeutig zugunsten des Einsatzes von Streitkräften gesetzt.

Heute werden weltweit über 1.500 Milliarden US-Dollar für Rüstung aufgewendet – zwölf mal mehr als die offizielle Entwicklungshilfe. Und die Rüstungsetats steigen weiter. Wenn auch Länder wie China, Russland und Indien hohe Zuwachsraten ihrer Militärhaushalte aufweisen, so sind es dennoch die NATO-Länder, die für fast zwei Drittel der weltweiten Ressourcenverschwendung für das Militär verantwortlich sind. Konkrete Abrüstungsschritte, ob bei den Militärausgaben oder bei den Atomwaffen, müssen vor allem bei den Ländern erfolgen, die am meisten für das Militär ausgeben und über Atomwaffen verfügen.

Es reicht nicht, vor den Gefahren der Nuklearproliferation (Iran, Nordkorea, Pakistan, Terrorgruppen) zu warnen und diese Länder und Netzwerke an den Pranger zu stellen; es ist vor allem erforderlich, vor der eigenen Haustür zu kehren und endlich damit zu beginnen, was bereits im Atomwaffensperrvertrag im Jahr 1970 vereinbart wurde, nämlich ernsthaft über die Abschaffung aller Atomwaffen zu verhandeln. Die Europäische Union, die sich selbst gerne als Friedensmacht tituliert, sollte hier eine kraftvolle Initiative ergreifen. Auch die französischen und britischen Atomwaffen – ein Tabuthema in der EU – gehören auf die friedenspolitische Tagesordnung. Dies würde die Glaubwürdigkeit der geäußerten Sorgen z. B. betreffend Iran enorm erhöhen.

Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten seine Rüstung enorm effektiviert und auf die Herstellung einer umfassenden Interventionsfähigkeit umgestellt; diese Politik geht auch in der tiefen Krise des Kapitalismus und der öffentlichen Haushalte weiter, während beispielsweise im Bildungssektor tiefe Einschnitte vonstatten gehen.

Unser Land liegt seit einigen Jahren im Export großer Waffensysteme nach den Statistiken des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI weltweit nach den USA und Russland an dritter Stelle – und dies bei angeblich restriktiven Rüstungsexportregelungen. Deutsche Waffen werden heute auch in Krisenregionen exportiert, so beispielsweise auch an einige Länder im Nahen und Mittleren Osten.

Es bedarf einer radikalen Revision der deutschen Rüstungsexportpolitik mit einem strikten Verbot von Exporten in Krisengebiete, um glaubhaft eine auf Solidarität beruhende internationale Friedenspolitik vertreten zu können.

### SYSTEM FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT

Die NATO ist als militärisches Bündnis seit dem Ende des Kalten Krieges obsolet. Diesem Bündnis weltweite Interventionsaufgaben zuzuordnen, konterkariert sowohl die Bemühungen der Vereinten Nationen, als einzig legitime Autorität für Frieden und Sicherheit in der Welt tätig zu sein, als auch ein europäisches Sicherheitssystem aller europäischen Länder einschließlich Russlands. Die Schaffung einer europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur muss Vorrang haben, statt weiterhin die NATO zu stärken. Dies dient sowohl dem Ziel, den Krieg in Europa unmöglich zu machen, als auch die Mittel für Streitkräfte drastisch zu kürzen und für die dringenden Aufgaben der Zivilgesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, so wie sie in den vergangenen Jahren forciert und nun im Lissabonvertrag festgeschrieben wurde, besteht weitgehend aus Rüstungslobbyismus zur Förderung der Rüstungsindustrie und der Ambition zum Aufbau global einsetzbarer europäischer Streitkräfte. Wenn es bislang auch längst noch nicht gelungen ist, ein solches europäisches Expeditionskorps zu schaffen (auch das Satellitensystem «Galileo» scheint zum Scheitern verurteilt), so liegt dies weniger daran, dass bei den Vertretern der offiziellen Politik Bedenken gegen ein derartiges Instrument zur Intervention bestünden, als vielmehr an weiterhin vorhandenen konkurrierenden nationalen Interessen und Egoismen in den meisten EU-Mitgliedsländern.

Nur durch eine deutliche Stärkung der Demokratie in Europa – nach wie vor ist das Europäische Parlament zahnlos in der Außen- und Sicherheitspolitik – kann es zu einer europäischen Politik kommen, die den Namen Friedenspolitik verdient. Während der Ausbau der europäischen Streitkräfte vorangetrieben wird, fehlen demokratische Kontrollen auf der europäischen Ebene. Und auch der Lissabonvertrag beseitigt das Demokratiedefizit in der Sicherheitspolitik nicht. Die EU sollte gerade die aktuelle Weltwirtschaftskrise zum Anlass nehmen, nicht weiter den US-Weg der Aufrüstung und des «divide et impera» gegenüber den Entwicklungsländern zu kopieren, sondern sie sollte den Weg der Begründung neuer «terms of trade» gehen. Der Hamburger «Arbeitskreis Kriegsursachenforschung» (AKUF)

macht für das absolute Gros der Konflikte auf der Erde die unterschiedliche Verteilung des Reichtums aus. Die vielfältigen Handelsrestriktionen, die ein Vielfaches der «Entwicklungshilfe» ausmachen, sollten folglich abgebaut werden, Aufrüstung und Rüstungsexport sollten gestoppt, das Gewaltmonopol der UNO übertragen werden: So würde die EU zum Modell einer neuen Weltordnung.

#### **EINSATZ VON UN-STREITKRÄFTEN**

Die Charta der Vereinten Nationen regelt die Rolle der Weltgemeinschaft für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit. Es besteht ein klar festgelegtes Gewaltverbot für die internationalen Beziehungen. Die Diskussionen um sogenannte «humanitäre Interventionen» und die «Schutzverantwortung» (responsibility to protect) werden heute zumeist dazu genutzt, Interventionsinteressen zu verschleiern. Eine tiefe Ursachenanalyse von innerstaatlichen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen, eingeschlossen die Rolle der hochgerüsteten Industrieländer, unterbleibt zumeist.

Die mehrfache Verletzung der UN-Charta macht die Weltorganisation und ihr Gewaltmonopol nicht obsolet. Aber die heutige Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates, der die Machtverhältnisse in der Welt aus der Zeit von vor 60 Jahren widerspiegelt, garantiert kein faires und solidarisches Verfahren zur Mandatsfindung. Einige mächtige Länder, Wirtschaftsmächte, Atomwaffenbesitzer, Rüstungsexporture, dominieren heute den Sicherheitsrat auf unakzeptable Weise. Entscheidungen zum Schutze der Menschheit und Demokratie kommen keineswegs demokratisch zustande. Deshalb ist eine Reform des UN-Sicherheitsrates und eine Demokratisierung der Vereinten Nationen, eingeschlossen die unbedingt erforderliche Stärkung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), dringend erforderlich.

#### **ZIVILE KRISENPRÄVENTION**

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Zivile Konfliktprävention und Konfliktlösungen müssen Priorität haben. Krisenprävention liegt an der Schnittstelle von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Im Zeitalter der Globalisierung hat sich Außen- und Sicherheitspolitik generell gewandelt. Friedenspolitik kann nicht von einer Regierung oder gar einem Ministerium gesteuert werden. Heute ist eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure friedenspolitisch aktiv. Sie arbeiten mit unterschiedlichen Strategien und bemühen sich darum, dass Konflikte nicht in Gewalt eskalieren und dass bewaffnete Auseinandersetzungen vermieden oder beigelegt werden. Zum Teil agieren die verschiedenen Akteure allerdings mit konkurrierenden Interessen. Um zivile Krisenprävention zu einem wirksamen Instrument zu machen, bedarf es zum einen dringend zusätzlicher Ressourcen; derzeit wird beispielsweise in Afgha-

nistan für den Krieg ca. 50 mal mehr aufgewandt als für den zivilen Wiederaufbau. Zum anderen geht es um eine bessere Koordinierung auf deutscher, europäischer und globaler Ebene. Dies ist eine Voraussetzung, um Maßnahmen nach dem Konzept des «do no harm» («Richte keinen Schaden an») durchführen zu können.

Die neue Afghanistanstrategie der Bundesregierung, mit mehr Soldaten und mehr zivilen Mitteln (die Entwicklungshilfe für Afghanistan soll verdoppelt werden) eine Wende zu erreichen, zeigt nicht nur eine verfehlte Konzeption, sondern auch, wie sich Politiken gegenseitig behindern. Statt eindeutig auf einen zivilen Aufbau zu setzen, soll die zivil-militärische Zusammenarbeit gestärkt werden. In der Vergangenheit ging dieses Konzept eindeutig zu Lasten der zivilen Arbeit. Entwicklungsleistungen wurden zum Büttel militärischer Konzepte degradiert und in vielen Fällen verunmöglicht. Es gilt, das Gegenteil einer sogenannten «vernetzten» (zivil-militärischen) Sicherheitspolitik zu verwirklichen.

Es gilt, die Strukturen der zivilen Krisenprävention und durch enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren die Kohärenz ziviler Friedenspolitik zu stärken, um so Voraussetzungen für effektive Krisenprävention zu schaffen. Es müssen die Institutionen für ein Frühwarnsystem ausgebaut und die Entwicklungszusammenarbeit von kurzfristigen eigenen wirtschaftlichen Interessen befreit werden, um die im Rahmen der Vereinten Nationen erkannten Ziele (vor allem Armutsbekämpfung) zu verwirklichen. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Frieden bedingen einander. Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung ist vor allem auch eine solidarische Wirtschaftsordnung, die dafür sorgt, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht zum Pflaster für die vom Kapitalismus geschlagenen Wunden verkommt und auf Staatsverfall dann mit militärischen Maßnahmen reagiert wird. Mit solchen Maßnahmen sollte die EU eine Vorreiterrolle spielen, um ihrem Anspruch, Friedensmacht zu sein, näher zu kommen.

#### **ZUM VORLIEGENDEN PROGRAMM-ENTWURF**

Viele unserer Positionen sind wohlthuend vorzufinden im 1. Programmentwurf der LINKEN vom März 2010. Es sollte nicht die Frage einer möglichen Koalitionsfähigkeit im Vordergrund stehen, sondern die Formulierung klarer Positionen für eine kriegs- und waffenfreie Welt. Ein «Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale» kann nur als Zwischenschritt auf dem Weg einer Abschaffung des Militärs formuliert werden; dies gehört u. E. in ein visionäres Parteiprogramm. Da der Sozialismus nicht auf der Tagesordnung steht, gilt es Wege zur Zivilisierung des Kapitalismus zu erarbeiten. Kriege sind nicht unver-

meidlich, die Kriegsursachen können auch im herrschenden System benannt und bekämpft werden – allein schon, um die Basis für eine andere Gesellschaftsordnung zu schaffen. Der Begriff des «neuen Imperialismus» scheint uns einer weiteren Klärung zu bedürfen. Was bedeutet seine neue Qualität für die Frage von Krieg und Frieden? In der Aufzählung der Protagonisten «präventiver Angriffskriege» sollte auch Russland seinen Platz finden.

Das Phänomen «Terrorismus» findet seinen Niederschlag nur unzureichend. Er ist ein reales Problem der Sicherheitspolitik, wenngleich er zumeist legitimatorisch zur Anzettelung von Aggressionen genutzt wird. Terrorismus sollte benannt werden in seinen Ursachen, Erscheinungsformen und den Möglichkeiten, ihn zu bekämpfen, nämlich

durch polizeiliche, ggf. geheimdienstliche, nicht zu vergessen kultur- und sozialpolitische Mittel und nicht durch Kriege.

Schließlich sollte die Verknüpfung von externer Aggression und interner Repression im Programm benannt werden. Die schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft und die spürbare Einschränkung wesentlicher Grundrechte im Zusammenhang mit dem «Kampf gegen den internationalen Terrorismus», mit dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr oder auch dem Einsatz vor der Küste Somalias geben Lehrbeispiele hierfür.

Professor Herbert Wulf ist ehemaliger Leiter des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC);

Johannes M. Becker ist Geschäftsführer des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg

---

## DISKUSSION STATT DOGMEN

Von Heinz Vietze

2005: Landtagwahlen in NRW. Die neugegründete WASG will die Fünfprozent-Hürde überwinden. Die PDS hofft nach erfolgreichen Landtagwahlen in Brandenburg und Sachsen auf einen deutlichen Stimmenzuwachs. Der Wahltag bringt Ernüchterung. Beide Parteien verfehlen deutlich ihr Ziel. Und Bundeskanzler Schröder erhält die Quittung für seine Agenda 2010 Politik. Sein Agieren führt zu vorgezogenen Bundestagswahlen.

Eine Chance für die Linken in Ost und West? Die Zeit ist knapp. Oskar Lafontaine und Gregor Gysi erklären sich bereit, für eine gemeinsam antretende Linke für den Bundestag zu kandidieren. Zwischen den Vorständen von WASG und PDS werden trotz erheblicher Vorbehalte Gespräche aufgenommen. Die Verständigung zu den wichtigsten Zielen beider Parteien offenbart viele Gemeinsamkeiten. Kontroversen werden benannt, aber zurückgestellt. Die PDS stellt auf ihren Wahllisten für die KandidatInnen der WASG und parteilose Persönlichkeiten aussichtsreiche Plätze zur Verfügung. Eine repräsentative Bundestagsfraktion kommt zustande. Eine gemeinsame Wahl- und Arbeitsplattform entsteht. Die neue LINKE platziert sich erfolgreich auf der politischen Bühne der Bundesrepublik. Aufbruchstimmung herrscht. Noch vor der formalen Gründung der Partei gelingt es ihr, im Mai 2007 in die Bremer Bürgerschaft einzuziehen. Es folgen Wahlerfolge in Hessen, Niedersachsen, Hamburg, im Saarland und Schleswig Holstein. Im Wahljahr 2009 bleibt Sachsen stabil, in Thüringen und Brandenburg legt die LINKE noch einmal zu. Auch das Bundestagswahlergebnis löst Freude aus.

Die LINKE ist plötzlich bei den Wahlen weit erfolgreicher als man es ihr – und als wir es uns selbst zugetraut hatten. Dies hatte auch mit der außerparlamentarischen Präsenz, mit dem engagierten Agieren der Mitgliedschaft vor Ort zu tun. Wir erzielen Erfolge und müssen lernen, damit verantwortungsbewusst umzugehen. Vertrauen wächst und die Erwartung an Verlässlichkeit im Handeln. 2010: Wieder stehen Landtagwahlen an. Wieder in NRW. Ich teile die Überzeugung, dass der Einzug der LINKEN in das Landesparlament des einwohnerstärksten Landes der Bundesrepublik bevorsteht.

Der permanente Wahlkampf hat Spuren hinterlassen. Wir haben erlebt, wie wichtig richtige Wahlbotschaften sind. Die neue LINKE hat keine Probleme mit einer Verständigung auf konkrete Forderungen. Dennoch wurde sichtbar, dass Wahlbotschaften – und seien sie noch so richtig – nicht ausreichen. Die BürgerInnen erwarten zu Recht ein darüber hinausgehendes Angebot zu den Vorstellungen der LINKEN für die künftige gesellschaftliche Entwicklung. Deshalb brauchen wir ein Programm und eine breite Diskussion darüber. Die LINKE benötigt die Grundsatzdebatte aber auch, um weiter zusammenzuwachsen. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Mitglieder der Programmkommission haben sich unter Leitung von Oskar Lafontaine und Lothar Bisky neben den ständigen Wahlkämpfen auf allen Ebenen der Erarbeitung des Programmentwurfs gestellt. Es war kein leichter Weg. Zumal wir selbstverständlich erreichen wollten, dass dieser Entwurf

Aussicht auf Akzeptanz in einer plural agierenden Mitgliedschaft und in der demokratischen Öffentlichkeit hat. Dabei ging es vor allem um drei Ziele: Erstens musste der Programmentwurf eine konsensfähige Bewertung des neoliberalen Kapitalismus zeichnen, sich mit dem Kapitalismus in neuem Gewand des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auseinandersetzen. Zweitens musste er eine Auseinandersetzung mit dem gescheiterten Sozialismusversuch enthalten, denn ohne eine selbstkritische Haltung wäre ein Plädoyer für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung nicht überzeugend. Und drittens musste der Programmentwurf ein modernes Politikkonzept vorstellen, wesentliche Reformprojekte enthalten, die gleichwohl mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu einer Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen können.

Dabei war für uns wichtig, den unter Linken gegebenen Konsens zu wesentlichen Positionen festzuhalten, aber auch, die unter den LINKEN existierenden grundsätzlichen Kontroversen aufzuzeigen. Bei letzterem ging es vor allem um die Fragen, welche Alternativen es zur bestehenden Eigentumsordnung gibt, wie mit dem Verhältnis von Gleichheit und Freiheit umzugehen ist, welche Rolle die öffentlichen Güter in einer demokratischen Ordnung haben, wie die Systemfrage formuliert werden muss, damit sie realpolitisch beantwortet werden kann, und welche Voraussetzungen zum Mitregieren der LINKEN gegeben sein müssen.

Wir wollten kein Programm, welches die spezifischen Zielstellungen der verschiedenen Strömungen, Plattformen und Gesprächskreise beinhaltet. Wir wollten ein Streitbares Papier, welches Zusammenwachsen und gesellschaftliche Akzeptanz fördert und nicht die eigenen Reihen spaltet. Ein jeder von uns hat gelernt, sich zurückzunehmen, Formulierungsvorschläge abzuwägen und zu akzeptieren. Keiner hatte die Chance, all seine klugen, weitsichtigen, ja einzigartigen Vorstellungen und Formulierungen eins zu eins durchzusetzen. Pragmatische Antworten sind aus meiner Sicht nur möglich, wenn im Grundsatz Übereinstimmung besteht.

Im ND haben in den vergangenen sechs Wochen MitstreiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte und Anregungen zu wichtigen Konfliktpunkten veröffentlicht. Wir wollten damit zur Diskussion anregen und nicht Ergebnisse unseres Diskussionsprozesses als Dogma vorgeben. Die Debatte wird nun zeigen, wie verantwortungsbewusst jede und jeder mit den unterschiedlichen Denkansätzen bei Wahrung seiner Erfahrungen und Vorstellungen umgeht. Wir wollen eine ehrliche, von einem Grundvertrauen geleitete Debatte, in der wir lesen, nachdenken, Argumente bündeln, offen sind für die Überlegungen und Anregungen der jeweils anderen, was zur Voraussetzung hat, dass

wir zuhören und wieder nachdenken. Möglicherweise kommen wir in die Situation, eigene Auffassungen zu präzisieren oder auch zu ändern und mit dem Erkenntniszuwachs das Programm insgesamt zu bereichern.

Der veröffentlichte Programmentwurf erfuhr bislang interessante Reaktionen. Es war alles dabei, von «Endlich blickt die LINKE über den Tellerrand der eigenen Befindlichkeit» bis hin zu «Die Erwartung auf moderne Antworten auf Zukunftsfragen wurde nicht erfüllt».

Deutlich wurde jedoch auch: Seit der Vereinigung der ostlinken PDS und der westlinken WASG hat die daraus hervorgegangene neue LINKE viel Terrain und programmatische Klarheit gewonnen. Es gibt eine einzigartige Mischung verschiedener Erfahrungswelten, eine interessante, manchmal auch gewöhnungsbedürftige Kultur. Insgesamt erweist sich diese neue LINKE als eine wirksame politische Produktivkraft. Andererseits treten aber auch bestimmte Erscheinungen zu Tage, die eigentlich bei LINKEN nichts zu suchen hätten, wie Besserwisseri, Abwesenheit von Ehrlichkeit, Wichtigtuerei, Denunziantentum. Da hilft auch nicht der Hinweis darauf, dass es so etwas auch in anderen Parteien gibt, da wir uns doch von allen anderen Parteien unterscheiden wollen.

Es geht bei der Vereinigung unserer Partei auch und gerade um das Zusammenwachsen von Ost und West. Es geht um die Zusammenführung unterschiedlicher Traditionen, Kultur, struktureller Unterschiede. Es geht um die Zusammenführung der Volkspartei im Osten und im Saarland und den von (ausschließlich) oppositionellen Interessen geprägten anderen Teilen der Partei. Diese Verschiedenartigkeit sollten wir positiv annehmen. Auch und gerade weil wir mit marxistischer Dogmatik, postmoderner Beliebigkeit, Sektierertum, aber auch offenem Geist konfrontiert sind. Weil wir es mit der unterschiedlichen sozialen Situation von Hartz IV-Empfängern bis hin zu Unternehmern, ausgegrenzten Ossi, diffamierten oder enttäuschten Wessi zu tun haben. Mit dem ganz normalen Leben also. Aber einfacher ist es nun mal nicht zu haben.

Einen wichtigen Aspekt hat Gregor Gysi am 11. Januar 2010 betont. «Ich möchte nicht, dass die PDS über die WASG siegt und ich möchte nicht, dass die WASG über die PDS siegt. Ich möchte das Neue, DIE LINKE.» Für diese Position bekam er viel Beifall. Im Übrigen kenne ich keinen, der öffentlich die Übernahme der einen durch die andere Quellpartei fordert. Trotzdem wird darüber geredet, wird eine solche Situation befürchtet. Und so gibt es neben den großen Chancen auch Gefahrenmomente für die neue LINKE. Zumal diese Vereinigung der beiden linken Parteien nach anderen demokratischen Spielregeln erfolgt als die unkritische Übernahme der anderen Ostparteien durch die bundesdeutsche CDU, FDP und Grüne.

Und das ist gut so. Insofern wäre es unredlich mit Blick auf den Rostocker Parteitag, wenn sich nur eine Minderheit von 10 KandidatInnen aus den Reihen der ehemaligen PDS zur Wahl stellt, um hinterher im Brustton der Überzeugung zu erklären, dass zu viele aus den Altbundesländern gewählt wurden. Das wäre keine Übernahme, sondern unredlicher Selbstverzicht.

Die LINKE ist eine plurale Partei. Sie hat Flügel, Plattformen und Strömungen und derzeit ein unterentwickeltes Zentrum. Doch jede Partei benötigt ein von der Mitgliedschaft akzeptiertes Zentrum, eine politische Führung. Die uns vorgelegte Paketlösung für die zu besetzenden Spitzenpositionen hat keine Begeisterung bei den Mitgliedern hervorgerufen. Dies lag sicher an der nicht ausreichenden Vorbereitung. Aber am Ende ist sie trotzdem eine demokratische Form. Die Frage, wer künftig den Ton angibt, verleitet darüber nachzudenken, ob die eigene Strömung, Plattform, Gruppierung diesen wichtigen Platz ausfüllen sollte. Ich denke, Strömungen sollen Strömungen, Flügel Flügel und Plattformen Plattformen bleiben und als solche ihre – die Partei bereichernden – Empfehlungen geben.

Wenn wir über Gefahren reden, sollten wir uns auf Max Weber besinnen, der in seiner Schrift «Politik als Beruf» bemerkte: «Man kann sagen, dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker. Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß. Leidenschaft im Sinn von Sachlichkeit, leidenschaftlicher Hingabe an eine Sache, Verantwortungsgefühl, denn mit der bloßen als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht als Dienst an einer Sache auch die Verantwortlichkeiten gegenüber eben dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Das

Augenmaß, die Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen. Die Stärke einer politischen Persönlichkeit bedeutet in allererster Linie den Besitz dieser Qualitäten.»

Max Weber verweist weiter darauf, dass ein Politiker täglich und stündlich einen ganz trivialen, all zu menschlichen Feind in sich zu überwinden hat, die ganz gemeine Eitelkeit. Es ist auch bedenklich, wenn Lothar Bisky über den Genossen Spaltpilz spricht, der – so sagt er – darüber nachdenkt, wie er den anderen Genossen Mitstreiter klein kriegt, wie er diesen in die Ecke drängen kann. Bisky beschreibt auch eine Art Verdächtigungskultur, die niemals Motor für Entwicklung ist, im Gegenteil. Entwicklung abwürgt. Doch auch die Art und Weise, wie wir die Diskussion führen, wie wir die Kontroverse austragen, bleibt nicht unbeobachtet. JournalistInnen begleiten uns ausgiebig. Sie erkennen persönliche Aversionen, selbstdarstellerischen Ehrgeiz, fundamentalistische Prinzipienreiter, neidvolles Geschwätz, einen die Würde und Persönlichkeit der LINKEN missachtenden Stil und schreiben darüber. Es ist an uns, dies zu beenden. Das setzt aber voraus, dass wir das, was wir für die Gesellschaft anstreben, in einem aufgeschlossenen, solidarischen, würdevollen Umgang miteinander selbst praktizieren. Gregor Gysi hat einmal den Wunsch geäußert, dass sich das Maß der Selbstbeschäftigung in unserer Partei auf 10 Prozent reduzieren möge, im Übrigen aber Politik gemacht werden solle. Ich finde, er hat recht. Und ich bin zuversichtlich, dass wir diese Hürde nehmen können. Sozial und solidarisch. Besonnen und ehrlich.

Heinz Vietze ist Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied der Programmkommission der LINKEN

---

## EINE MERKWÜRDIGE IGNORANZ

Von Herbert Schwenk

«Macht man aber Prinzipienprogramme», schrieb Karl Marx am 5. Mai 1875 an den deutschen Sozialisten Wilhelm Bracke, «so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung misst.» (MEW, Bd. 34, S. 137/38) Dies auch 135 Jahre später als Messlatte an den 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE gelegt, kann der Teil II «Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation» (und nur dieser Teil kann hier Gegenstand der Kritik sein) noch nicht bestehen. Und das trotz klarer Benennung und Beschreibung wesentlicher Vorgänge um die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise und der großen Gefahren, die der

zählebige und langlebige Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die Menschheit und unseren Planeten heraufbeschworen hat. Aber der Entwurf offenbart in der Kapitalismusfrage einige unerklärliche Schwächen, die sich aus einer merkwürdigen Ignoranz früherer Erkenntnisse der marxistischen Kapitalismustheorie ergeben. Und das vor allem in dreifacher Hinsicht.

Erstens entsteht im Programmentwurf eine Schiefelage, weil der Kapitalismus fast nur auf die destruktiven Seiten eines Nur-Krisenkapitalismus beschränkt wird. Mit dem Krisenbegriff wird nahezu inflationär umgegangen. Einige Formulierungen sind in ihrer

Absolutheit nicht haltbar: «Er [der Kapitalismus] unterminiert auch die produktiven Grundlagen der Ökonomie. Er führt zu einer systematischen Fehlsteuerung der Wirtschaft ... [Er zerstört] Produktion und Produktivität ... Er ruiniert die Mittelschichten ... ». Es wird gemutmaßt, dass sich die gegenwärtige Krise «zur Katastrophe auswachsen kann»; das bisherige globale Modell sei «an seine Grenzen» gelangt; der «globale Kapitalismus versagt».

Bei solchen düsteren Koma- und Endzeit-Szenarien tauchen die alten – wie man heute weiß – Irrtümer aus dem 20. Jahrhundert wieder auf: von Rosa Luxemburgs «Schlussphase des Kapitalismus» als «Periode der Katastrophen» (1913) über W. I. Lenins «sterbenden Kapitalismus» (1916), J. W. Stalins «Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus» (1927) und Mao Tse-tungs «Papiertiger» (1946) bis zum KPdSU-Programm von 1961: «Der Kapitalismus ist von der Basis bis zur Spitze von einem unabwendbaren Zersetzungsprozess befallen.»

Aber war und ist denn das der ganze Kapitalismus? Seit Marx ist bekannt: Krisenprozesse stehen in unlösbarem Zusammenhang mit dem Zentrum kapitalistischer Produktionsweise, der Profitjagd mit ihrem Zwang zur unablässigen Akkumulation von Kapital. Aber das bringt nicht nur Krisen hervor, sondern auch Wachstum, Entwicklung und Veränderung. Dass die kapitalistische Gesellschaft «kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus ist» (Marx, MEW, Bd. 23, S. 16), war in der langen Geschichte links orientierter Parteien und Bewegungen immer wieder unterschätzt worden.

Vor allem unter dem Stalinismus wurde die Reproduktions- und Akkumulationsfähigkeit «auf wachsender Stufenleiter» als Kern der strukturellen Zählebigkeit des «Rest»-Weltkapitalismus zugunsten einer «Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus» verdrängt. Stalins Dogmen vom schrumpfenden Potenzial des Weltkapitalismus blieben in der kommunistischen Weltbewegung und in den realsozialistischen Ländern bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts tief verwurzelt.

Auch in der DDR erschienen nicht wenige Publikationen, in denen einer hypertrophierten Krisen- und Endzeitbeschwörung breiter Raum gegeben wurde, verbunden mit dem Wunsch nach einem baldigen Ende des «Dahinsiechens» eines «verwesenden, Kinder quälenden und mordenden Kapitalismus» (Jürgen Kuczynski: System gegen die Menschlichkeit, Berlin 1972, S. 166). Es scheint sogar, als falle der Programmentwurf in diesem Punkt wieder hinter die 1987 im SED-SPD-Dokument «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» getroffene Feststellung zurück: «Gesellschaftssysteme sind nichts Statisches ... Beide Gesellschaftssysteme müssen einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen.»

Zweitens steht die Verabsolutierung der Krisenprozesse im Programmentwurf im Zusammenhang mit einer erneuten Unterschätzung des Wachstumspotenzials im Kapitalismus. Der Entwurf vermeidet die Aussage, dass zur kapitalistischen «Normalität» nicht nur «periodisch auftretende Krisen- und Stagnationsphasen», sondern auch weiterhin periodisch auftretende Aufschwungphasen gehören. Ansonsten wäre der zyklische Verlauf des Reproduktionsprozesses passé, die Stalinsche «Depression besonderer Art» wieder auferstanden!

Ergänzt wird dieser Mangel durch die Formulierung von einer «Krise der Reproduktion». Sie lässt auf Ignoranz eines weiteren Bestandteiles der marxistischen Theorie schließen: der zwei Wege der «Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter; extensiv, wenn das Produktionsfeld ausgedehnt; intensiv, wenn das Produktionsmittel wirksamer gemacht» wird (Marx, MEW, Bd. 24, S. 172). Beim intensiven Reproduktionstyp macht sich das Kapital den höheren Wertschöpfungseffekt qualifizierter Arbeitskraft bei Verrichtung komplizierter Arbeit in ihrer ganzen Bandbreite von einfachen Formen bis zur wissenschaftlichen Arbeit als Quelle der Profitsteigerung zunutze. Die wissenschaftlich-technische und elektronische Revolution haben den intensiven Reproduktionstyp enorm vorangetrieben. Er eröffnet dem Großkapital eine steigende Mehrwertproduktion «in die Tiefe» auch ohne Erweiterung des Produktionsfeldes «in die Breite» – eine nicht unbedeutende Chance für einen «grünen» Kapitalismus, weil Wirtschaftswachstum auf diesem Wege auch bei weiterer Ressourcenverknappung und Umweltschonung möglich ist.

Die vermeintliche «Krise der Reproduktion» ist ganz offensichtlich eine Krise des extensiven Reproduktionstyps und kann so nicht auch für die intensiv (qualitativ) erweiterte Reproduktion von Kapital und Arbeitskraft im heutigen Kapitalismus gelten. Denn die aktuellen Anstrengungen in den führenden Industrieländern belegen, dass unter dem Druck der Krise die Ausgaben für Bildung, Qualifikation und Wissenschaft weiter forciert werden.

Allein 2008 stiegen die Neuinvestitionen in Forschung und Entwicklung in der EU um 8,1 Prozent, in den USA um 5,7 und in Japan um 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der einfachen, rasch erlernbaren Arbeit liegt im Durchschnitt der deutschen Industrie nur noch bei 23 Prozent, im Maschinenbau sogar bei 12,6 Prozent (2007). In der deutschen Wirtschaft waren 2009 trotz der Krise im Schnitt 34.000 Technikerstellen unbesetzt; die Arbeitslosenquote betrug bei Ingenieuren nur 2,4 Prozent; durch den Ingenieurmangel entgingen der Wirtschaft rund drei Milliarden Euro an Wertschöpfung.

Drittens schließlich erhält der Programmentwurf seine bisherige Schiefelage durch die unerklärliche

Ignoranz der Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozess. Was jahrzehntelang die Kapitalismusforschung beschäftigt hat, wird zugunsten einer einseitigen Fixierung auf den Neoliberalismus samt «Deregulierung» komplett ausgeblendet. Dabei ist die ökonomische Tätigkeit des Staates seit den Spätwerken von Marx und Engels Bestandteil der marxistischen Ökonomie. Es zeigte sich, dass die Stufen der Evolution des Kapitalismus auch Stufen der Entfaltung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft sind.

Aus einer zeitweiligen und partiellen «Staatseinmischung» und «Regulierung der Produktion» (vgl. u. a. Marx, MEW, Bd. 25, S. 453f) wurde eine wachsende Verankerung des Staates im Reproduktionsprozess. Lenin nannte dies «staatsmonopolistischen Kapitalismus» (u. a. Werke, Bd. 25, S. 395). Aber der so beschriebene Ansatz konnte erst nach dem Tode Stalins und in zähen Auseinandersetzungen mit dem Stalinismus weitergeführt werden, so auch in der DDR gegen orthodoxen Widerstand aus Politik und Theorie (u. a. Schmähung als «revisionistisches modernes Blech»). Quintessenz jener Erkenntnisse war, dass sich die Verflechtung von Konzern- und Staatsmacht «endgültig zu einem festen System und einheitlichen Apparat» entwickelt hat und zur Existenzbedingung des Kapitalismus geworden ist. Auch der Neoliberalismus vermochte dies seit dem Wechsel in der Wirtschaftspolitik von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 1980er Jahren nicht aus der Welt zu schaffen. Im Programmentwurf hingegen wird die ständige Verflechtung von Staats- und Konzernmacht umgangen mit einer einseitigen Fixierung auf den «neoliberalen Kapitalismus». Indes blieben die schon vor Jahrzehnten als «Stamokap» beschriebenen Realitäten auch unter neuen globalen Bedingungen bestehen, trotz «Deregulierung» und vermeintlichem «Rückzug des Staates aus der Wirtschaft».

Es geht aber nicht um einen «Rückzug» des Staates aus der Wirtschaft, betont Jörg Goldberg, «sondern um soziale Inhalte» (ND 24.4.2009). Denn was sollte das für ein «Rückzug» sein, wenn unvermindert ein enges Interessengeflecht von Staat und Konzernen gigantische Summen aus dem Staatshaushalt – bei wachsender Staatsverschuldung – im Interesse des Großkapitals umverteilt, z. B. jahrzehntelang für die Atomindustrie (das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnete 40 Milliarden Euro allein an Bundesausgaben)? Und was sollte das für ein «Rückzug» sein, wenn das Zusammenspiel von Wirtschafts- und Staatsmacht über vielfältige Schaltstellen bei ständigem Personenwechsel permanent funktioniert? Signifikante Beispiele dafür lieferten Gerhard Schröder, Martin Bange mann, Matthias Wissmann und Wolfgang Clement, jüngst auch Dieter Althaus, der nun als Manager

des Magna-Konzerns die Kontakte zur Politik pflegt. Auch die Aussage von der «allmählichen Zerstörung des europäischen Sozialmodells» verkennt, dass die heutige staatliche Sozialpolitik – bei aller notwendigen Kritik an ihren Mängeln – ein dauerhaftes Reproduktionserfordernis und Ergebnis eines über 150 Jahre langen Kampfes der Arbeiterbewegung für sozialen Fortschritt ist, für «Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet» (Marx, MEW, Bd. 16, S. 11). So müssen über den Staatshaushalt ständig Milliardensummen an Produktions-, Reproduktions- und Reparationskosten für das Arbeitskräftepotenzial eingesetzt werden; allein im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind mit 143 Milliarden Euro für 2010 rund 45 Prozent des gesamten Bundeshaushalts eingestellt.

Besonders unter dem Einfluss der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise kommt es zu einem weiteren Ausbau der ökonomischen Tätigkeit des Staates, was im Programmentwurf völlig übergangen wird. Politik und Staat sind in bislang nicht gekannter Weise bemüht, unter dem Druck der Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Einfluss auf die Wirtschaft auch global dauerhaft zu etablieren. Ein Wirtschaftsgipfel zur internationalen Abstimmung staatlicher Eingriffs- und Regulierungsmaßnahmen jagt den anderen. Die EU beilegte sich jüngst, einen neuen Zehnjahresplan «Strategie Europa 2020» vorzulegen. Der ohne jede Transparenz und Kontrolle agierende Lobbyismus erlangt internationales Gewicht: Allein etwa 1.200 von Konzernen gesteuerte Expertengremien arbeiten in Brüssel im Auftrag der EU-Kommission an den EU-Gesetzen, beim Europäischen Parlament sind knapp 5.000 Personen als «Interessenvertreter» registriert. Die früheren Erkenntnisse der Stamokap-Theorie bleiben also weiter aktuell. Es versteht sich, dass sie weiterentwickelt und alte Verabsolutierungen über Bord geworfen werden müssen.

*Bleibt als Fazit:* Ohne Beachtung aller gesicherten Erkenntnisse aus der Vergangenheit ist ein realistisches Bild vom heutigen Kapitalismus kaum vorstellbar. Wunschdenken ist darin ebenso fehl am Platz wie Ignoranz. Beschwörung von Destruktion und Verfall, «Krisenkapitalismus», «Endzeit», und «Katastrophen» reichen für eine konstruktive linke Politik nicht aus. Tempus edax rerum – die Zeit zernagt die Dinge, wusste Ovid schon vor etwa 2.000 Jahren. Das gilt auch heute noch für vieles, aber nicht für die gesicherten Erkenntnisse über den Kapitalismus.

Professor Herbert Schwenk ist Gesellschaftswissenschaftler und Buchautor



